



Kölner Statistische Nachrichten



 **Stadt Köln**

Antwortzettel
für die
**Einwohnerbefragung zum
weiteren Ausbau des Godorfer Hafens
am 10. Juli 2011**

Bitte markieren Sie entweder das JA-Feld oder das NEIN-Feld

Die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt
Köln sollen folgende Frage beantworten:

**Soll der Godorfer Hafen
weiter ausgebaut werden?**

JA **NEIN**

☐ ☐

Kurzanalyse zur Einwohnerbefragung „Godorfer Hafen“ am 10. Juli 2011

Titelbild: Luftaufnahme Godorfer Hafen; GeoService

Inhaltsübersicht	Seite
Vorwort	5
Zusammenfassung	7
1. Vorläufiges Ergebnis der Einwohnerbefragung „Godorfer Hafen“	9
2. Einfluss der Briefbeteiligung auf das Befragungsergebnis	13
2.1. Briefteilnahme	13
2.2. Briefstimmenergebnis	16
3. Das Teilnahme- und Antwortverhalten in Kölner Parteihochburgen und Milieueinflüsse auf das Befragungsgeschehen	18
3.1. Teilnahme an der Befragung	22
3.2. Ergebnis der Befragung	27
Anhang	31

Vorwort

Der Rat der Stadt Köln hat am 1. März 2011 beschlossen, die Kölnerinnen und Kölner zum des weiteren Ausbaus des Godorfer Hafens zu befragen. Teilnahmeberechtigte dieser erstmaligen Kölner Einwohnerbefragung waren nicht nur die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger, sondern alle Einwohnerinnen und Einwohner ab 16 Jahren.

Um verlässliche Aussagen über den Mehrheitswillen der Bevölkerung zu erhalten, hatte der Rat ein so genanntes Quorum in Höhe von zehn Prozent der Teilnahmeberechtigten (Stand 31.12.2010) vorgesehen. Das bedeutete, eine der beiden Antworten zum weiteren Ausbau des Godorfer Hafens („JA“ oder „NEIN“) musste mindestens 87.901 Stimmen bekommen.

Bei der Einwohnerbefragung am 10. Juli wurde das Quorum nicht erreicht. Weder die Ausbaueegner mit 72.787 Stimmen (8,3% der Teilnahmeberechtigten) noch die Befürworter mit 57.307 Stimmen (6,5%) konnten die Mindestzahl an erforderlichen Stimmen auf sich vereinen. Damit wird die vorgelegte Frage als „nicht beantwortet“ gewertet und die hierzu bereits getroffenen Beschlüsse des Rates pro Hafenausbau bestehen fort.

Die vorliegende Kurzanalyse des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik betrachtet das Befragungsergebnis unter folgenden Gesichtspunkten:

- Wie groß war die Teilnahme in den Kölner Stadtbezirken und Stadtteilen?
- Wo im Stadtgebiet wurde vermehrt mit „JA“ oder „NEIN“ abgestimmt?
- Welchen Einfluss hatte die Briefteilnahme an dem Befragungsergebnis?
- Lassen sich Zusammenhänge zwischen der Einwohnerstruktur in den Befragungsbezirken oder Stadtteilen und Stadtteilgruppen und ihrem Teilnahme- beziehungsweise Abstimmungsverhalten herstellen, die helfen, die Beweggründe der Kölner Teilnahmeberechtigten für ihr Abstimmungsverhalten zu erklären?

Für die letztere Fragestellung wurden neben dem Wahlverhalten der letzten in Köln stattgefundenen Wahl (Landtagswahl 2010) weitere Strukturdaten herangezogen, mit dem Ziel Aussagen über die ökonomische beziehungsweise Milieustruktur der Bevölkerung treffen zu können.

Köln, den 13. Juli 2011

Ihr


Jürgen Roters

Zusammenfassung

An der Einwohnerbefragung am 10. Juli 2011 nahmen nur 14,8 Prozent (130.400) der insgesamt etwa 881.000 Teilnahmeberechtigten teil.

Die Zahl der abgegebenen 72.787 „NEIN“- Stimmen war zwar größer als jene der „JA“- Stimmen (57.307). Die Zahl der „JA“ Antworten lag etwa 15.000 Stimmen unter jener der „NEIN“- Antworten. Das erforderliche 10 Prozent-Quorum von 87.901 Stimmen wurde allerdings auch von den Ausbau-gegnern - verfehlt. Damit wird die vorgelegte Frage als „nicht beantwortet“ gewertet und die hierzu bereits getroffenen Beschlüsse des Rates „pro“ Hafenausbau behalten ihre Gültigkeit.

Die Gegner und Befürworter des Hafenausbaus Godorf reklamierten über die direkte Standortbetroffenheit hinausgehend, weitere Argumente. Deshalb waren auch die nicht lokal betroffenen Kölnerinnen und Kölner aufgerufen Argumente, die mit der Entwicklung und Zukunftsfähigkeit Kölns als Wirtschaftsstandort zusammenhingen, gegen die Folgen des Hafenausbaus auf die dortige ökologische Situation und die Lebensqualität des Umfeldes abzuwägen. Die befürchtete Zerstörung ökologischer Ressourcen am Hafenstandort beziehungsweise die mittelbaren ökologischen Folgen aus dem Entstehen neuer Quell- und Zielverkehre waren weitere Argumente, die, eine gesamtstädtische Abwägung nahelegten. Dies galt auch für die – ebenfalls umweltpolitisch begründeten - Argumente, die durch den neuen Containerhafen auf eine Verbesserung des Modal Splits für die weniger umweltbelastenden Schienen- und Wasserverkehre abzielten.

Von den im Rat vertretenen Parteien riefen SPD und CDU zu einer Abstimmung für einen Hafenausbau, die GRÜNEN erklärten sich, ebenso wie FDP und die LINKE gegen einen Ausbau von Godorf.

In den Befragungsbezirken, die – bezieht man sich auf die Stimmverteilung der letzten Wahl (Landtagswahl) – Hochburgen der GRÜNEN waren, hat eine deutliche Mehrheit der Abstimmungsberechtigten mit „NEIN“ gestimmt (63,6 Prozent). Ähnlich klare Voten waren in den FDP-Hochburgen zu verzeichnen. In diesen Gebieten stimmten 62,0 Prozent gegen den Hafenausbau. In den Hochburgen der LINKE stimmten 57,9 Prozent gegen Godorf.

Bei den Parteihochburgen von SPD und CDU lagen die Für- und Gegenstimmen zum Hafenausbau weitaus enger beieinander: In den SPD-Hochburgen stimmten 51,9 Prozent für den Hafenausbau. In den CDU-Hochburgen stimmte ein gleich hoher Anteil gegen den Ausbau des Godorfer Hafens.

Teilnahme und Abstimmungsverhalten sind zum Teil erkennbar in den jeweiligen Parteihochburgen von der jeweiligen Abstimmungsempfehlung geprägt– allerdings ist ein parteipolitisches Abstimmungsverhalten je nach Lage der jeweiligen Hochburg im Stadtgebiet, das heißt je nach Entfernung zu den Hafenstandorten – unterschiedlich gut auszumachen. Als Ergänzung wurden deshalb die Ergebnisse in den Befragungsbezirken zusätzlich im Zusammenhang mit Milieustrukturen sowie weiteren Strukturmerkmale betrachtet. Abstimmungsbezirke, in denen das sogenannte „traditionelle Unterschichtmilieu“ ebenso, wie das „konservative Mittelschichtmilieu“ und die sogenannte „gesellschaftliche Mitte“ überdurchschnittlich ausgeprägt sind, stimmten im Ergebnis knapp für den Ausbau von Godorf (52% beziehungsweise 51%). Bezirke in denen überdurchschnittlich stark das „konservative bürgerliche Milieu“, die „liberale Mitte“ und das „liberale bürgerliche Milieu“ vertreten sind, stimmten deutlich stärker gegen den Hafenausbau (55,5% – 62,7%).

Abstimmungsbezirke mit einem überdurchschnittlichen Anteil von Stimmberechtigten mit einem hohen Bildungsabschluss (Fach-/Hochschulabschluss) stimmten relativ deutlich *gegen* den Hafenausbau (64,8%). Das Ergebnis in den Befragungsbezirken mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an SGBII- Empfängern fiel mit 49,4 Prozent (*pro*) beziehungsweise 50,6 Prozent (*contra Hafenausbau*) äußerst knapp aus.

Auch die sozialstrukturellen und milieubezogenen Detailanalysen tragen zu dem Gesamtbild bei: Dieses Abstimmungsergebnis ist offensichtlich von der lokal/regionalen und somit persönlichen Betroffenheit geprägt. Die gesamtstädtischen wirtschafts- und arbeitsmarktorientierten Aspekte treten infolge der ansonsten geringen Wahlbeteiligung deutlich zurück.

Überlegenswert wäre, derartige Einwohnerbefragungen künftig zusammen mit Wahlen zu verbinden, um die immer noch deutlich höhere Beteiligung an politischen Wahlen zu nutzen, wenn der Mehrheitswille der Bevölkerung zu strittigen Sachfragen ermittelt werden soll.

Will man diese Abstimmung als Prüfstein für den künftigen Einsatz des Instruments „Einwohnerentscheidungen“ werten, dann bedeutet dies auch eine Auseinandersetzung mit der so unterschiedlichen Wahlteilnahme sozialer Gruppen. Der fortschreitende Rückzug aus dem politischen Gestaltungswillen bei Wahlen, der einem weitgehend bekannten sozialen und regionalen Muster folgt, setzt vor weiteren Einwohnerbefragungen die Diskussion um eine mögliche Steigerung der politischen Teilhabe auf die Agenda von Politik, aber auch von Verwaltung.

1. Vorläufiges Ergebnis der Einwohnerbefragung „Godorfer Hafen“

Am 10. Juli 2011 fand in Köln erstmalig eine Einwohnerbefragung statt. Die Kölner Einwohnerinnen und Einwohner waren aufgerufen, zu der im Kölner Rat umstrittenen Frage Stellung zu nehmen, ob der Godorfer Hafen weiter ausgebaut werden soll oder nicht. Die Einwohnerbefragung wurde in Anlehnung an formale Bürgerentscheide (§ 26 GO NRW) durchgeführt. Die Mehrheit des Kölner Rates hatte in Form einer Selbstverpflichtung dem Befragungsergebnis Bindungskraft zugesprochen, wenn mit dem Abstimmungsergebnis der „JA“- oder „NEIN“- Stimmen ein Quorum von 10 Prozent der Teilnahmeberechtigten erreicht würde. Zu diesen zählten Deutsche, EU-Bürgerinnen und EU-Bürger die mit Hauptwohnsitz in Köln gemeldet sind¹ und das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben² („Kommunalwahlberechtigte“) und auch die übrigen Ausländer, die die gleichen Voraussetzungen erfüllen³ („Teilnahmeberechtigten“). Das Quorum der Einwohnerbefragung betrug danach 87.901 „JA“- oder „NEIN“-Antworten⁴, die mindestens erreicht werden mussten.

Tabelle 1: Vorläufiges Ergebnis

	Anzahl	in Prozent		
Teilnahmeberechtigte	880.937	100,0		
Teilnehmer/ -innen	130.400	14,8	100,0	
davon				
Urnenteilnehmer/ -innen	76.355		58,6	
Briefteilnehmer/ -innen	54.045		41,4	
ungültige Antworten	306		0,2	
gültige Antworten	130.094		99,8	100,0
davon				
Ja - Antworten	57.307			44,1
Nein - Antworten	72.787			55,9
Quorum	87.901			

Insgesamt waren etwa 881.000⁵ Kölnerinnen und Kölner berechtigt, an der Befragung zum Weiterausbau des Godorfer Hafens teilzunehmen. An der Einwohnerbefragung am 10. Juli 2011 nahmen jedoch nur 14,8 Prozent der insgesamt etwa 881.000 Teilnahmeberechtigten teil.

¹ Stichtag: 24.06.2011.

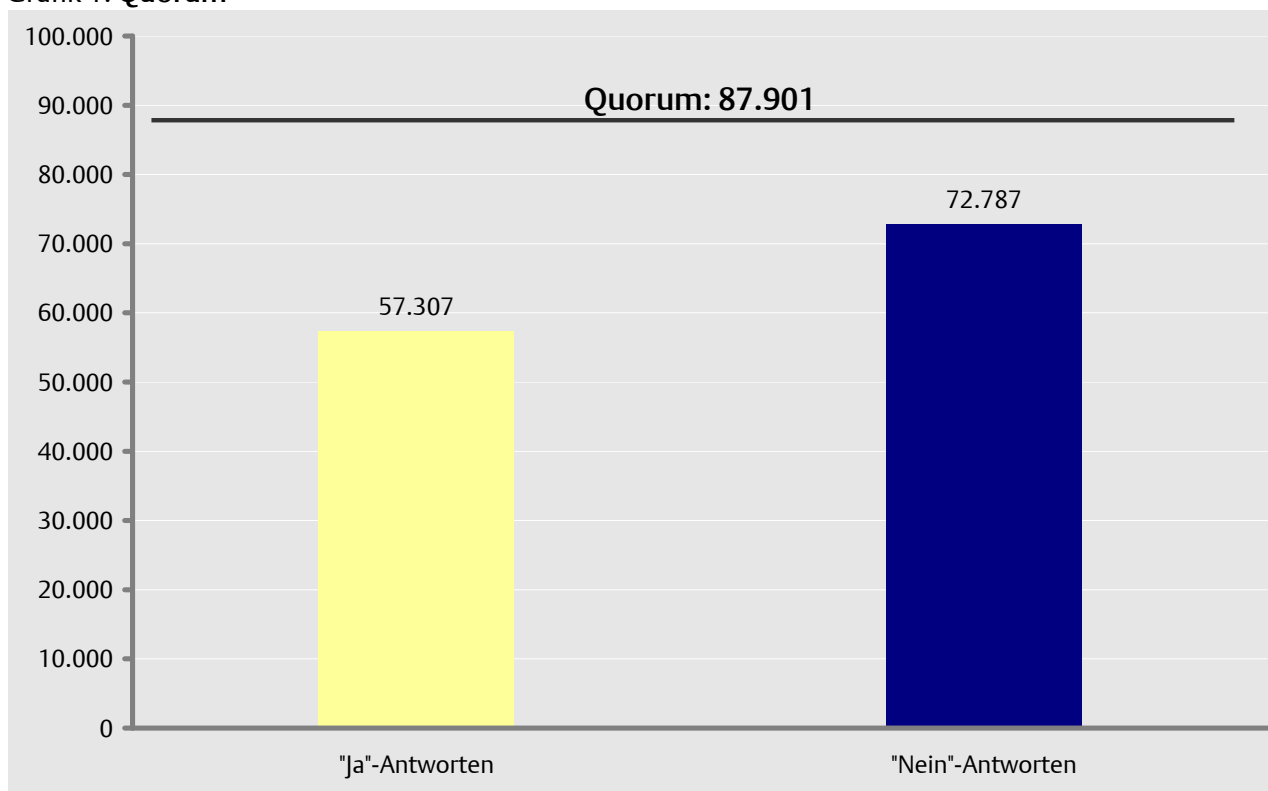
² Stichtag: 10.07.2011.

³ Circa 100.000 teilnahmeberechtigte sonstige Ausländer. Das Quorum wurde damit um ca. 10.000 Stimmen angehoben (gegenüber einem 10 -prozentigen Quorum, auf der Basis der Wahlberechtigten zur Kommunalwahl).

⁴ Bei Bürgerentscheiden gilt ein Quorum von 20 Prozent der Abstimmungsberechtigten/ Kommunalwahlberechtigten (etwa: 155.000, Stand: 31.12.2010).

⁵ Zum Vergleich: Bei der letzten Kommunalwahl 2009 waren „nur“ 765.000 Kölnerinnen und Kölner (ab 16 Jahre) wahlberechtigt.

Grafik 1: Quorum



Die Zahl der abgegebenen 72.787 „NEIN“-Stimmen war zwar größer als jene der „JA“- Stimmen (57.307). Das erforderliche 10-Prozent-Quorum von 87.901 Stimmen wurde allerdings von den Ausbaugegnern verfehlt. Damit behalten die hierzu bereits getroffenen Beschlüsse des Rates pro Hafenausbau ihre Gültigkeit.

Das Befragungsergebnis (was Teilnahmehöhe als auch Antwortverhalten betrifft) war in den Kölner Stadtbezirken und Stadtteilen zwar vielschichtig, jedoch sind auch vielfach durchgehende Verhaltensmuster erkennbar, die zu dem vorliegenden Ergebnis beitrugen;

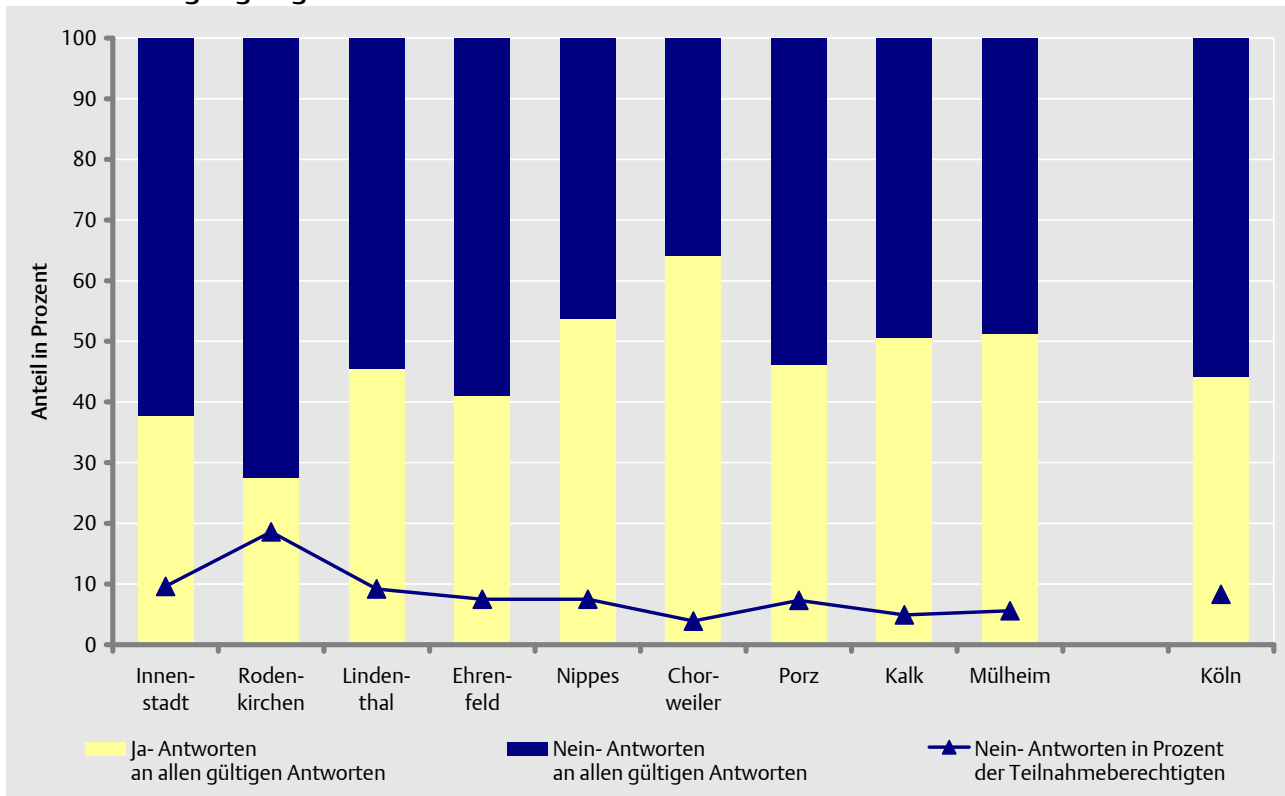
1.

Die Nähe des Wohnstandortes der Befragungsteilnehmer/-innen hatte einen erheblichen Einfluss auf die Stimmabgabe. Dies gilt zunächst für die Einzugsbereiche beziehungsweise Umfeld der Hafenstandorte Godorf) und auch für das regionale Umfeld des Containerhafens Niehl.

Im Bereich von Godorf wurde in Weiß und Sürth mit 88,5 Prozent die höchste Quote an „NEIN“-Stimmen erzielt. In diesen Stadtteilen lag auch die Teilnahmequote mit 48,5 Prozent am höchsten. Es folgen die Nachbarstadtteile Rodenkirchen mit 73,6 Prozent Ablehnung und der zweithöchsten Befragungsbeteiligung: (30,6%) sowie die Stadtteilgruppe Godorf/Immendorf mit einem Ablehnungsanteil von 69,0 Prozent und einer Teilnahmequote von ebenfalls überdurchschnittlichen 19,5 Prozent.

In den Stadtteilen des Kölner Nordens ist hingegen der Anteil an „JA“- Stimmen deutlich erhöht. Dies gilt vor allem für Longerich (74,1%), Niehl (68,6%) und Heimersdorf/Lindweiler/Pesch (65,8%). Gleichzeitig war in Longerich die Befragungsbeteiligung überdurchschnittlich. Mit 22,7 Prozent lag sie etwa acht Punkte über der Teilnahmequote von Köln (14,8%). Im Vergleich zum Stadtbezirk Chorweiler (11,0%), ist sie doppelt so hoch. In Heimersdorf/ Lindweiler/ Pesch (16,1 % und in Niehl mit 15,2%) lag die Quote jedoch über dem städtischen Durchschnittswert.

Grafik 2: Befragungsergebnis in den Kölner Stadtbezirken



2.

Außerhalb der Befragungsbezirke im Umfeld der Hafenstandorte Godorf und Niehl ist die Befragungsbeteiligung besonders gering, wo sich die Bevölkerung - wegen der größeren Entfernung - offensichtlich weder von einem Ausbau in Godorf noch von einer Erweiterung in Niehl in besonderer Weise betroffen fühlt. Dies gilt insbesondere für den Stadtbezirk Kalk, wo die Beteiligung mit 9,9 Prozent am geringsten ausfiel. Von acht Stadtteilen beziehungsweise -gruppen, die eine Teilnahmequote von weniger als zehn Prozent aufwiesen, liegen drei im Stadtbezirk Kalk. Hierzu zählen Humboldt/Gremberg (6,5% - Rang 51⁶), Kalk (6,8% - Rang 50) und Vingst/Höhenberg (6,8%, Rang 49). Aber auch in Stadtteilen des Stadtbezirks Mülheim, die eine ähnliche Bevölkerungs- und Sozialstruktur aufweisen wie die benannten Kalker Stadtteile war vielfach nur eine geringe Befragungsbeteiligung zu verzeichnen. Hierzu zählen Buchforst/Buchheim (8,2% - Rang 48) und der Stadtteil Mülheim selbst (8,5% - Rang 47).

3.

Neben den direkt standortbezogenen Teilnahme- und Abstimmungsmotiven hatten auch Parteipräferenzen⁷ Einfluss auf das jeweilige Antwortverhalten.

Deutlich erkennbar wird dieser Zusammenhang in den GRÜNEN-Hochburgen⁸. Verglichen mit den entsprechenden Hochburgen der anderen Parteien, wurde hier mit einem etwa 64-prozentigen „NEIN“-Stimmenanteil der höchste Ablehnungswert erzielt. Das Ergebnis in den GRÜNEN-Hochburgen folgte somit besonders offenkundig der Antwortempfehlung der GRÜNEN-Fraktion im Kölner Rat, die ihre Ablehnung stark auf umweltschutzbezogenen Argumenten aufbaute. Weitere Stadtteile die als Hochburgenbezirke der GRÜNEN gelten können und überdurchschnittliche „NEIN“-Stimmenanteile aufweisen sind Ehrenfeld (68,0%) und Neustadt-Süd (65,3%).

⁶ Insgesamt wurde bei der Befragung in 30 Stadtteilen und 21 -zusammenfassende- Stadtteilgruppen abgestimmt.

⁷ Herangezogen wurden die Parteihochburgen, wie sie sich bei der letzten Landtagswahl 2010 dargestellt hatten.

⁸ Gemessen am letzten Landtagswahlergebnis in Köln 2010.

In Kölner CDU-Hochburgenbereichen außerhalb der Umfeldbereiche der Häfen dominierte die Antwort „JA“ (zum Beispiel: Junkersdorf, Braunsfeld/Müngersdorf und Lövenich/Weiden mit Anteilswerten zwischen 51 und 52 Prozent) ebenfalls. Hier wurde also - ähnlich wie in standortfernen GRÜNEN Hochburgen - parteipräferenzgemäß vermehrt der Antwortempfehlung der CDU gefolgt. Das gesamte Hochburgenergebnis der CDU liegt allerdings dennoch nur in etwa auf dem Gesamtstadtniveau („JA“-Anteil: 48,1%, „NEIN“-Anteil: 51,9%), da die CDU auch Hochburgenbereiche besitzt, die im Kölner Süden liegen und dort wurde aus „Standortinteressen“ überstark mit „Nein“ abgestimmt.

Da die FDP-Hochburgen im Kölner Süden und damit auch in der Nähe des Hafenstandortes Godorf liegen, verstärken sich hier Parteipräferenz und Standortnähe und bewirken ein hohes Ablehnungsvotum von 62,0 Prozent.

In den LINKEN-Hochburgenbereichen wurde nicht in dem Umfang wie bei den GRÜNEN der Fraktionsempfehlung mit „NEIN“ zu stimmen, gefolgt (57,9%, Köln: 55,9%). Ein nachhaltiger Hochburgeneffekt auf das Gesamtergebnis konnte dadurch jedoch nicht erzielt werden, da die Teilnahmequote in diesen Stadtgebieten mit 10,3 Prozent deutlich unterdurchschnittlich war (Köln: 14,4%).

Die SPD hatte die Empfehlung ausgesprochen, bei der Befragung mit „“ abzustimmen. In den SPD-Hochburgenbereichen der Stadt ist man dieser Sichtweise auch mehrheitlich gefolgt. 51,9 Prozent derjenigen, die sich dort an der Befragung beteiligten, stimmten mit „JA“. Nur in SPD-Hochburgengebieten der Stadt befürworteten demnach die Befragungsteilnehmer den Weiterbau am Godorfer Hafen mit – wenn auch knapper - Mehrheit. In allen anderen parteilichen Hochburgen dominierte die Ablehnung. Auf das Abstimmungsergebnis insgesamt hatte diese Mehrheitsentscheidung der dortigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer allerdings nur eher geringen Einfluss, da die Befragungsbeteiligung hier mit 9,9 Prozent in den SPD-Hochburgen von allen Hochburgenbezirken am schwächsten ausfiel.

Zusammengefasst bleibt somit festzustellen, dass nur den vorherrschenden Parteipräferenzen in GRÜNEN-Hochburgen ein gesonderter Einfluss auf das Befragungsergebnis direkt und spürbar nachzuweisen ist. In allen anderen Hochburgen gibt es entweder gleichgerichtete Überlagerungen zwischen vorherrschenden Parteipräferenzen und Standortinteressen (FDP), zu gegenläufigen und somit nivellierenden Abstimmungsergebnissen (CDU), oder zu Abstimmungsergebnissen, die nicht so sehr von einem „Hochburgeneffekt“ geprägt, sondern in besonderer Weise durch geringe Beteiligungsraten gekennzeichnet sind (Hochburgen der LINKEN und der SPD.)

2. Einfluss der Briefbeteiligung auf das Befragungsergebnis

An der ersten Kölner Einwohnerbefragung haben 54.045 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Antwort per Brief oder per Direktwahl abgegeben – dies entspricht einem Anteil von 41,4 Prozent aller abgegebenen Antworten beziehungsweise 6,1 Prozent der teilnahmeberechtigten Bevölkerung. Damit übertrifft das Briefteilnahmeaufkommen bei der Befragung das der Landtagswahl 2010 (31,9% aller Antworten) und der Kommunalwahl 2009 (27,7% aller Antworten) sehr deutlich. Bis kurz vor der Wahl wurden insgesamt knapp 64.100 Teilnahmescheinanträge gestellt. 84 Prozent davon haben ihre Antwort per Brief oder vorzeitiger Direktwahl abgegeben.

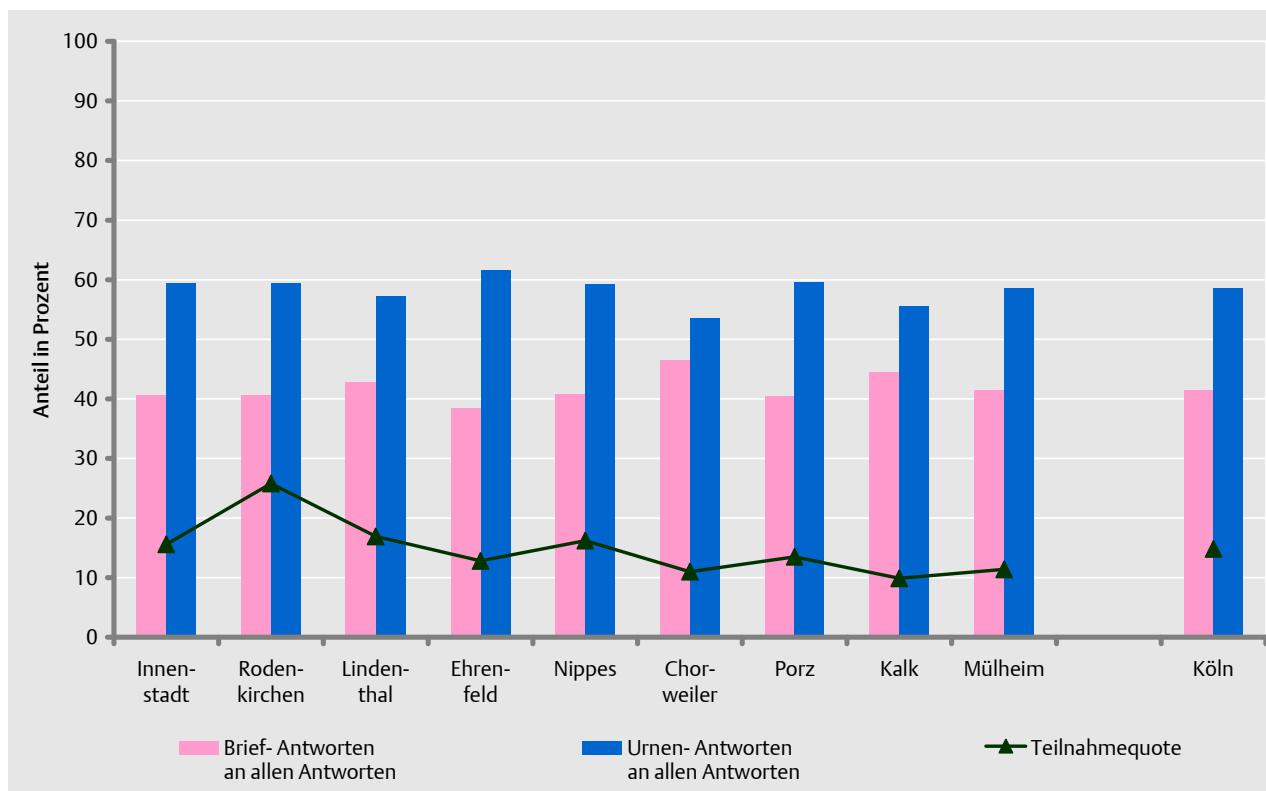
Dass letztendlich nur sechs von zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmern „erst“ am Wahltag an der Urne ihre Antwort abgegeben haben spricht dafür, dass bei einem großen Teil der teilnahmewilligen Bevölkerung die Meinung für oder gegen den Hafenausbaubereits frühzeitig feststand und gleichzeitig auch eine höhere Motivation zur Teilnahme vorhanden war. Im Vergleich zu anderen Bürgerentscheiden der letzten Jahre in NRW, bei denen sich der Briefanteil zwischen 18 und 31 Prozent bewegte, scheint bei der Godorf-Befragung in Köln das Meinungsbild der Briefteilnehmer besonders fest und die Motivation besonders hoch gewesen zu sein, die eigene Meinung auf jeden Fall abzugeben.

Das Verhältnis „JA-“ zu „NEIN“-Antworten ist bei dem Briefergebnis mit 51 Prozent „NEIN“-Antworten deutlich weniger akzentuiert als das Urnen-Ergebnis. An der Urne entfielen 59,7 Prozent der Antworten auf „NEIN“ und damit auf die Ausbaueegner. Stadtweit gesehen haben damit Ausbaubefürworter in gleichem Maße wie die Ausbaueegner die Chance genutzt, ihre feststehende Meinung bereits vor dem Befragungstag abzugeben.

2.1. Briefteilnahme

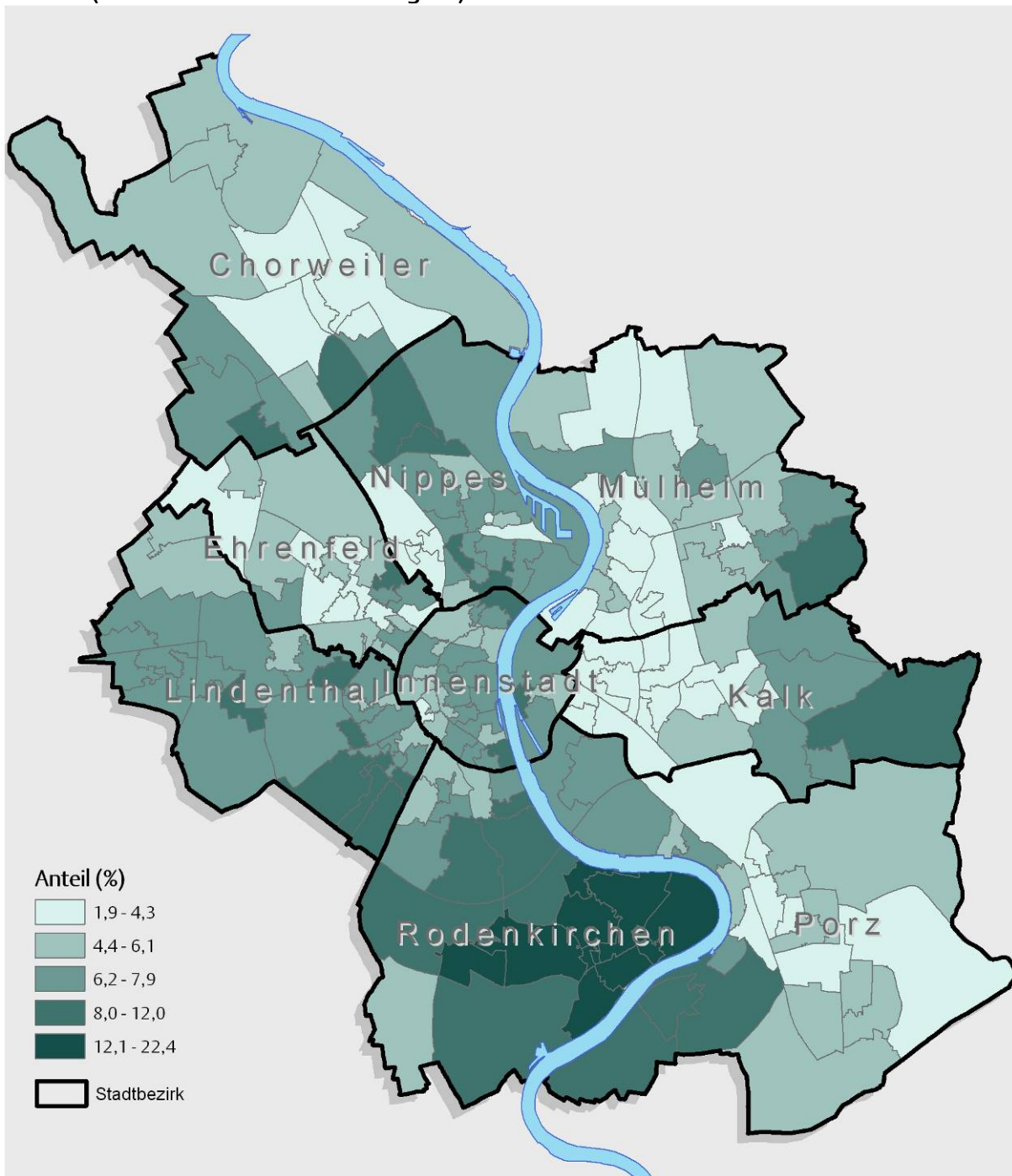
Über die neun Kölner Stadtbezirke hinweg weichen die Brief-Anteile an allen abgegebenen Antworten zum Teil deutlich voneinander ab. In Chorweiler (46,5 %) und Kalk (44,4 %) ist er überdurchschnittlich hoch, jeweils aber aus unterschiedlichen Gründen. In Chorweiler ist das Betroffenheitsempfinden durch den Niehler Hafen ausschlaggebend, in Kalk ist das Interesse durchweg geringer und die Wahlbeteiligung unterdurchschnittlich. Durch die geringe Zahl an Antworten ist der Briefanteil zwangsläufig höher. Im Stadtbezirk Ehrenfeld liegt er mit 38,4 Prozent deutlich unter dem städtischen Durchschnitt von 41,4 Prozent Briefteilnahme. In Ehrenfeld ist der Anteil der GRÜNEN-Wählerklientel überdurchschnittlich. Diese haben zwar ein klares Meinungsbild in Bezug auf den Hafenausbaubereits, haben aber vermutlich aufgrund der Spekulationen über ein Scheitern am Quorum sich erst einmal zurückgehalten, dann jedoch angesichts des recht hohen Briefantragsaufkommens kurz vor dem Befragungstermin einen Motivationsschub bekommen, der in einer überdurchschnittlichen Urnenbeteiligung mündet.

Grafik 3: Beteiligung und abgegebene Antworten per Brief beziehungsweise an der Urne in Köln und in den Stadtbezirken



Wie die folgende Karte auf Ebene der 215 Befragungsbezirke zeigt, ist vor allem in unmittelbarer Nähe zum Godorfer Hafen die Tendenz zur Briefteilnahme und damit zur sicheren Antwortabgabe deutlich überdurchschnittlich ausgeprägt: In den Stadtteilen Weiß, Sürth, Godorf, Rodenkirchen, Rondorf und Hahnwald haben zwischen 12 und 22 Prozent aller Teilnahmeberechtigten ihre Stimme per Brief abgegeben (stadtweit: 6,1 Prozent).

Karte 1: Briefteilnahmeaufkommen in 215 Kölner Stimmbezirken
(in % aller Teilnahmeberechtigten)

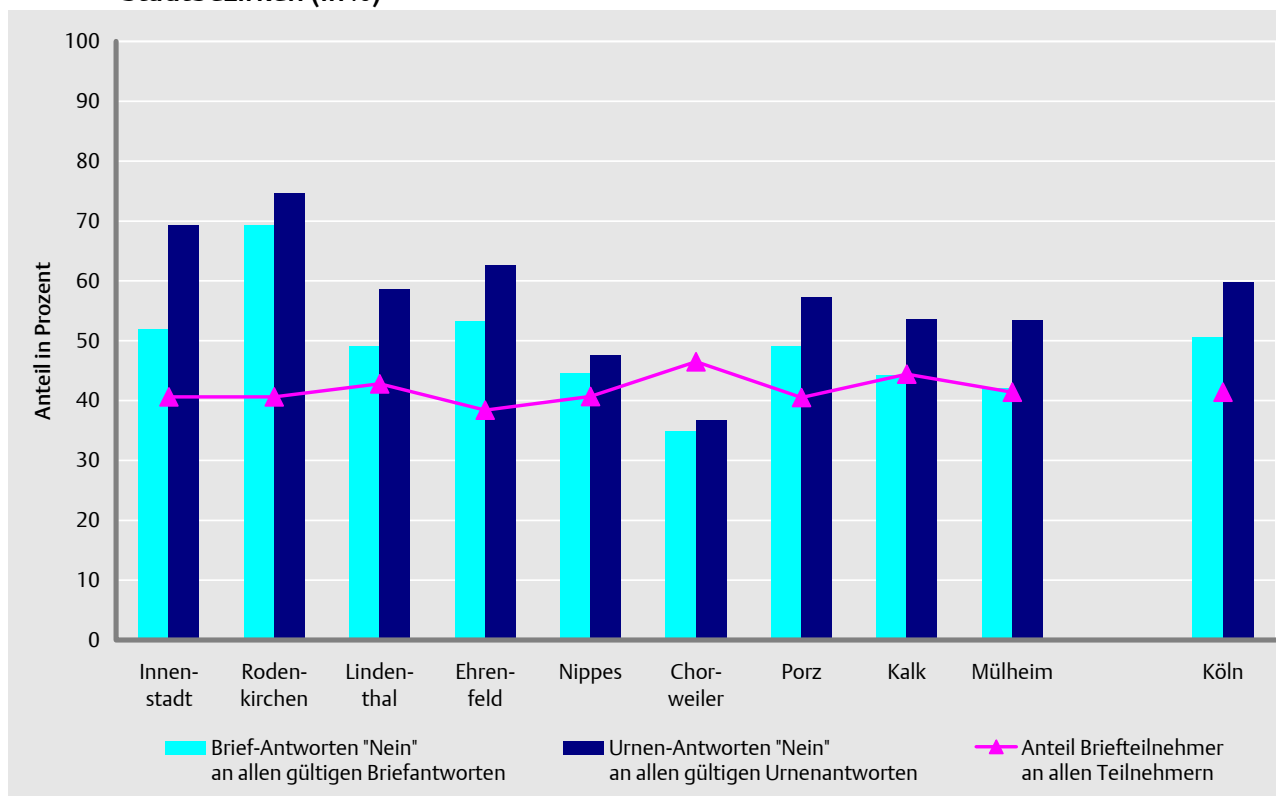


Mit zusammengerechnet circa 25.000 Brief-Antworten kommt knapp die Hälfte (46 %) aller in Köln per Brief abgegebenen Antworten aus den drei Stadtbezirken Innenstadt („GRÜNEN-Hochburg“ – Schutz der Sürther Aue“), Rodenkirchen („unmittelbare Standortbetroffenheit“) und Lindenthal („traditionell hoher Briefwähleranteil bei der CDU-nahen Wählerschaft“). Was den Kölner Norden betrifft so kommt der Großteil der Antworten aus dem Stadtbezirk Nippes, in dem der Anteil der per Brief abgegebenen Antworten mit 11,8 Prozent (knapp 6.400) aller Kölner Briefstimmen ebenfalls recht hoch ist.

2.2. Briefstimmenergebnis

Wie die folgende Grafik belegt, ist die Tendenz der Ausbaugegner zur Urnen-Abstimmung über das gesamte Stadtgebiet sichtbar: In allen Stadtbezirken wird der Anteil „NEIN“-Antworten stärker durch das Urnen-Ergebnis als durch das Brief-Ergebnis bestimmt. Im Stadtbezirk Rodenkirchen liegt – bedingt durch das höhere lokale Betroffenheitsgefühl – der „NEIN“-Anteil sowohl bei den Brief- als auch den Urnen-Antworten deutlich höher als in den anderen acht Stadtbezirken.

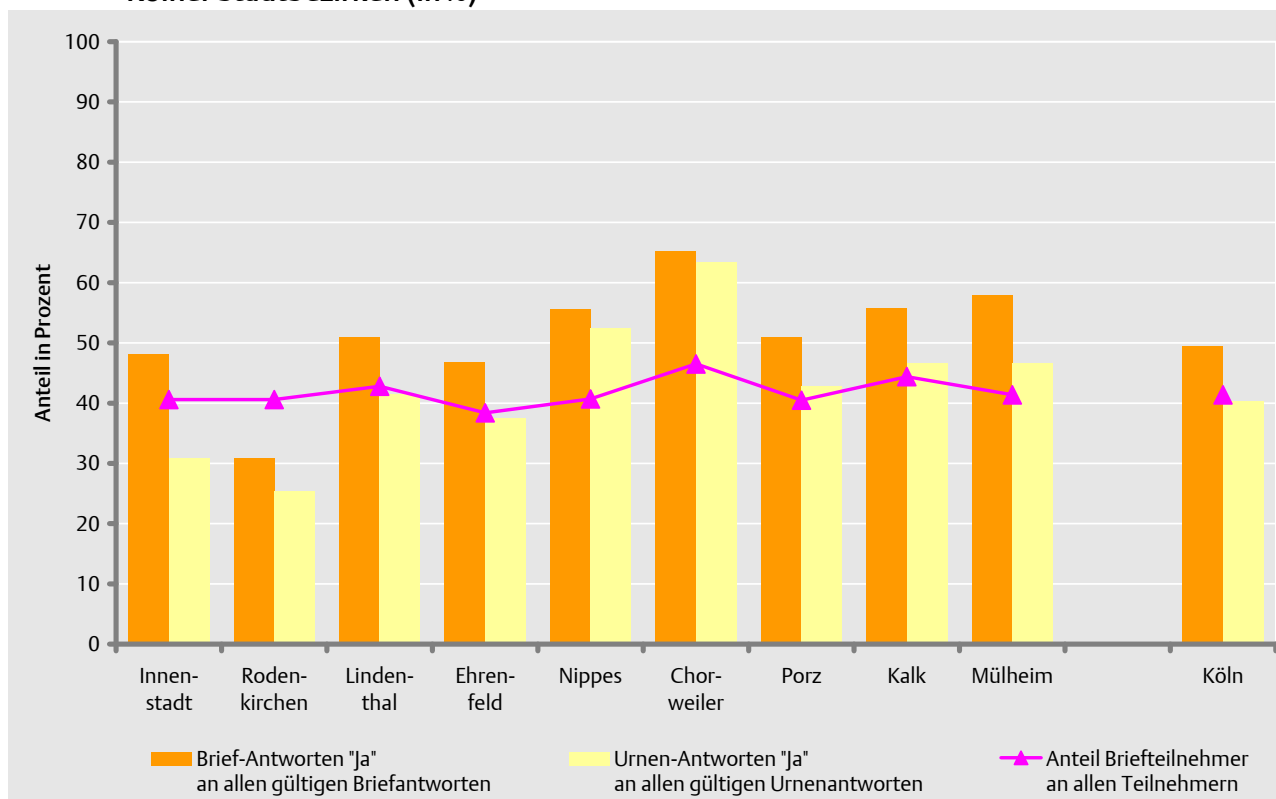
Grafik 4: „NEIN“-Stimmen nach Brief und Urne an allen „NEIN“-Stimmen in den Kölner Stadtbezirken (in %)



Umgekehrt verhält es sich mit den „JA“-Stimmen. Hier wird das gesamtstädtische „JA“-Ergebnis stärker durch die Brief-Antworten bestimmt. Und dieser ist – wie Grafik 5 zeigt – in den nördlichen linksrheinischen Stadtbezirken Nippes und Chorweiler überdurchschnittlich hoch: Dies sind die Stadtbezirke mit räumlicher Nähe zum Niehler Hafen.

Besonders hoch war hier die Motivation zur Antwortabgabe per Brief in Longerich, Niehl, Heimersdorf, Lindweiler und Pesch: In diesen Stadtteilen lag der Anteil „JA“-Antworten per Brief mit über 65 Prozent am höchsten. Die Richtung dieses Antwortverhalten dürfte – stärker als im Kölner Süden – neben dem Betroffenheitsgefühl auch durch taktische Überlegungen bestimmt sein.

Grafik 5: „JA“-Stimmen nach Brief und Urne an allen „JA“-Stimmen in den Kölner Stadtbezirken (in %)



3. Das Teilnahme- und Antwortverhalten in Kölner Parteihochburgen und Milieueinflüsse auf das Befragungsgeschehen

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Einwohnerbefragung räumlich differenziert dargestellt.

Dabei wird der Frage nachgegangen, in welchen Gebieten Kölns die Teilnahme an der Befragung hoch war und in welchen Räumen für beziehungsweise gegen den Ausbau des Godorfer Hafens gestimmt wurde. Neben dem direkten Raumbezug (Lage im Stadtgebiet), wird auch betrachtet, ob die Teilnehmenden vermehrt dem Vorschlag einer bestimmten Partei gefolgt sind oder ob die Entscheidung für oder gegen den Hafenausbau unabhängig von mittelfristig stabilen Wählerpräferenzen erfolgte. Ein präferenzbezogener Zusammenhang ist fokussiert in den Hochburgenbezirken der Parteien anzunehmen, die hierzu herangezogen wurden (vergleiche Karte 2 sowie die Tabelle 2⁹).

Als ein weiteres Beschreibungsmuster der Abstimmungsbezirke werden daher erstmals Soziale Milieus herangezogen.

Mit Hilfe von Angaben zu Einkommen, Bildung, Beruf und Werteeinstellungen (modern oder traditionell beziehungsweise materialistisch oder postmaterialistisch) aus der Bürgerumfrage „Demographischer Wandel in Köln“ 2010 wurden Soziale Milieus gebildet (siehe Anhang), die Aufschluss über die Einwohnerstruktur auf der Ebene der 215 Befragungsbezirke geben. Der methodische Ansatz wurde für die gesamte Bundesrepublik von Professor Baldo Blinkert¹⁰ entwickelt und bereits erfolgreich für die Stadt Freiburg genutzt. Erstmals konnte nun vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik das Verfahren auch für Köln angewendet werden¹¹.

Mit Hilfe der kleinräumig vorliegenden Daten können insgesamt sieben verschiedene Milieu-Typen gebildet werden, von denen das liberal-bürgerliche Milieu mit 22 Prozent die größte Gruppe in Köln darstellt (BRD: 18%). Fast gleich stark ist mit 21 Prozent die gesellschaftliche Mitte. Konservativ und liberal eingestellte Mittelschichtler sind mit 12 Prozent beziehungsweise 13 Prozent ebenfalls fast gleich stark. Das traditionelle Unterschicht-Milieu ist mit 14 Prozent im Vergleich zur Bundesrepublik (16%) leicht geringer ausgeprägt.

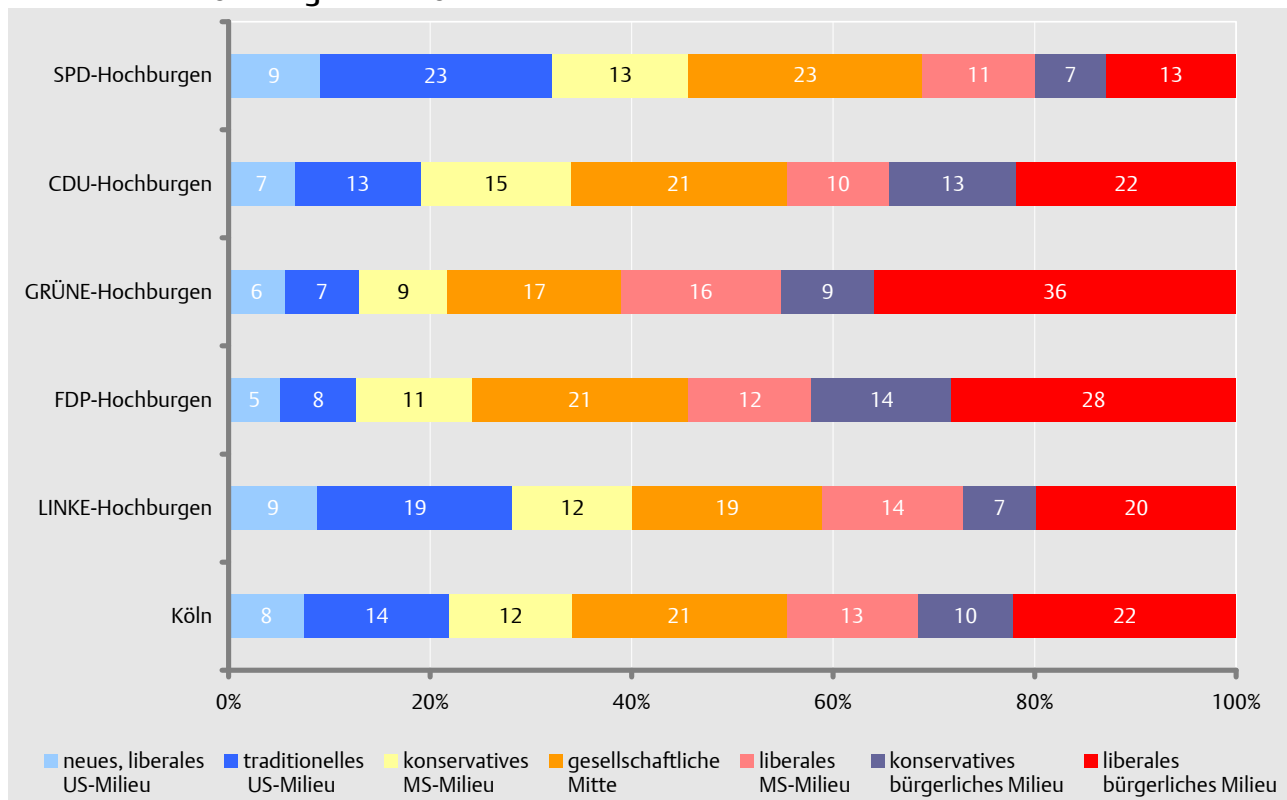
Zwischen Partei-Hochburgen und Sozialen Milieus bestehen klare Zusammenhänge. In den Hochburgen von SPD und LINKE sind die Unterschicht-Milieus deutlich stärker als in den übrigen Hochburgen vertreten. Hochburgen der GRÜNEN sind hingegen durch einen stark überdurchschnittlichen Anteil des liberal, bürgerlichen Milieus gekennzeichnet. Auch in den CDU- und FDP-Hochburgen leben überdurchschnittlich viele Bewohner des bürgerlichen Milieus, jedoch auch aus dem konservativ bürgerlichen Milieu. Die gesellschaftliche Mitte findet sich vor allem in den SPD-Hochburgen und eher seltener in den GRÜNEN-Hochburgen.

⁹ Die Zuordnung erfolgte auf der Grundlage des Landtagswahlresultates 2010. Von den insgesamt 215 Befragungsbezirken zählen lediglich 33 nicht zu einer Parteien-Hochburg, so dass das Stadtgebiet weitgehend durch „Hochburgen“ abgedeckt wird.

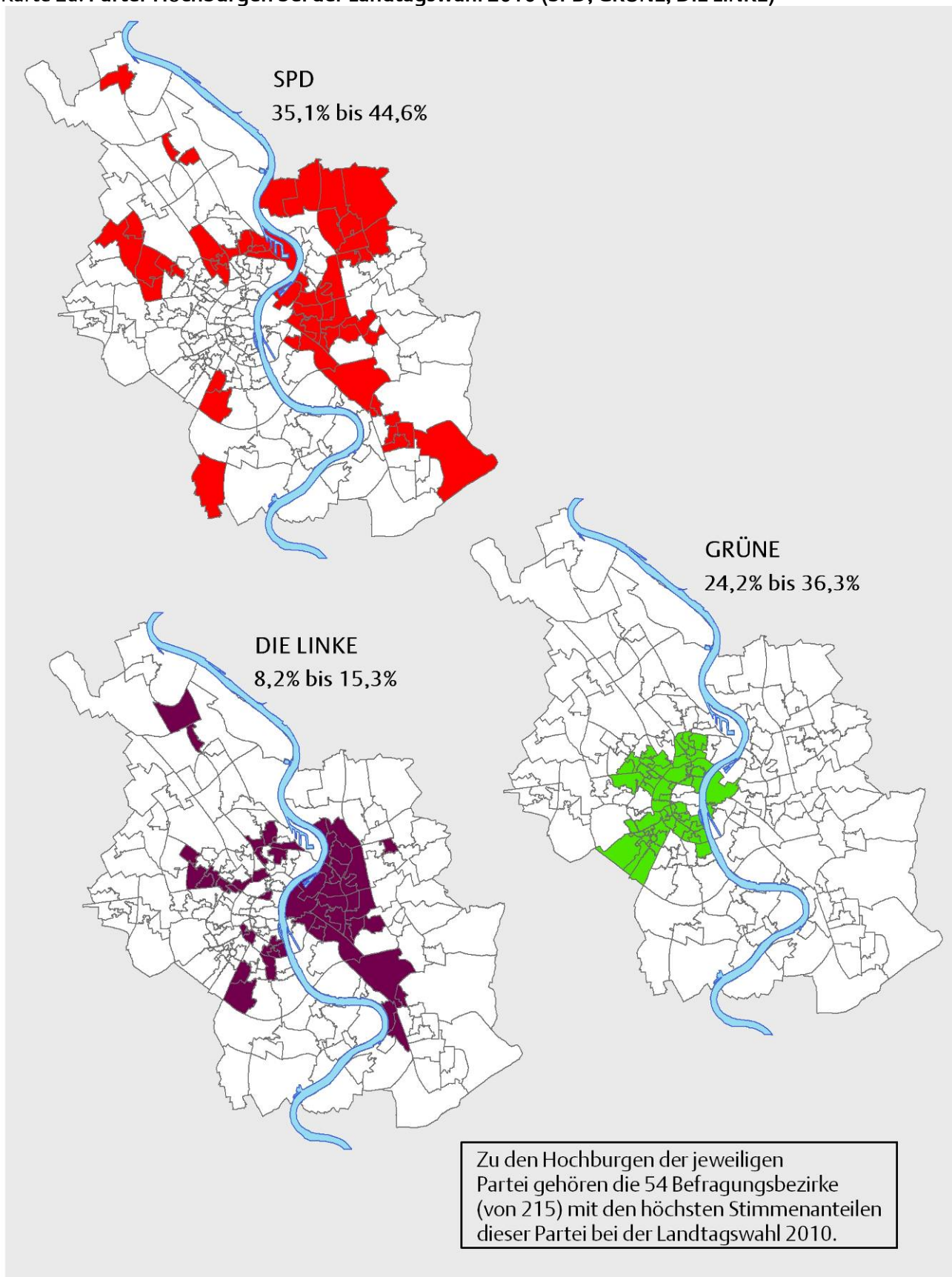
¹⁰ Vergleiche B. Blinkert (2002): Demographische und soziale Veränderungen und die Versorgung von Pflegebedürftigen. (<http://www.sozio-logie.uni-freiburg.de/Personen/blinkert/Publikationen/vortraglandespflegetag.html>); Stadt Freiburg/Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung (2003): Bericht zur Bürgerumfrage 2003. (http://fritz.freiburg.de/fritz/Themen/B%C3%BCrgerumfrage/Soziale_Milieus-2003.pdf)

¹¹ Es ist jedoch Vorsicht geboten bei der Übertragung von Erkenntnissen über Zusammenhänge zwischen Sozialen Milieus und Befragungsergebnissen, die auf der Ebene der Befragungsbezirke gewonnen wurden. Die für Befragungsbezirke erkannten Zusammenhänge müssen nicht zwangsläufig auch für einzelne Personen gelten, die dort leben. Gleichwohl kann man mit Hilfe einer entsprechenden Milieubetrachtung wichtige sozialstrukturelle Zusammenhänge erkennen, die das Befragungsgeschehen (mit)prägen.

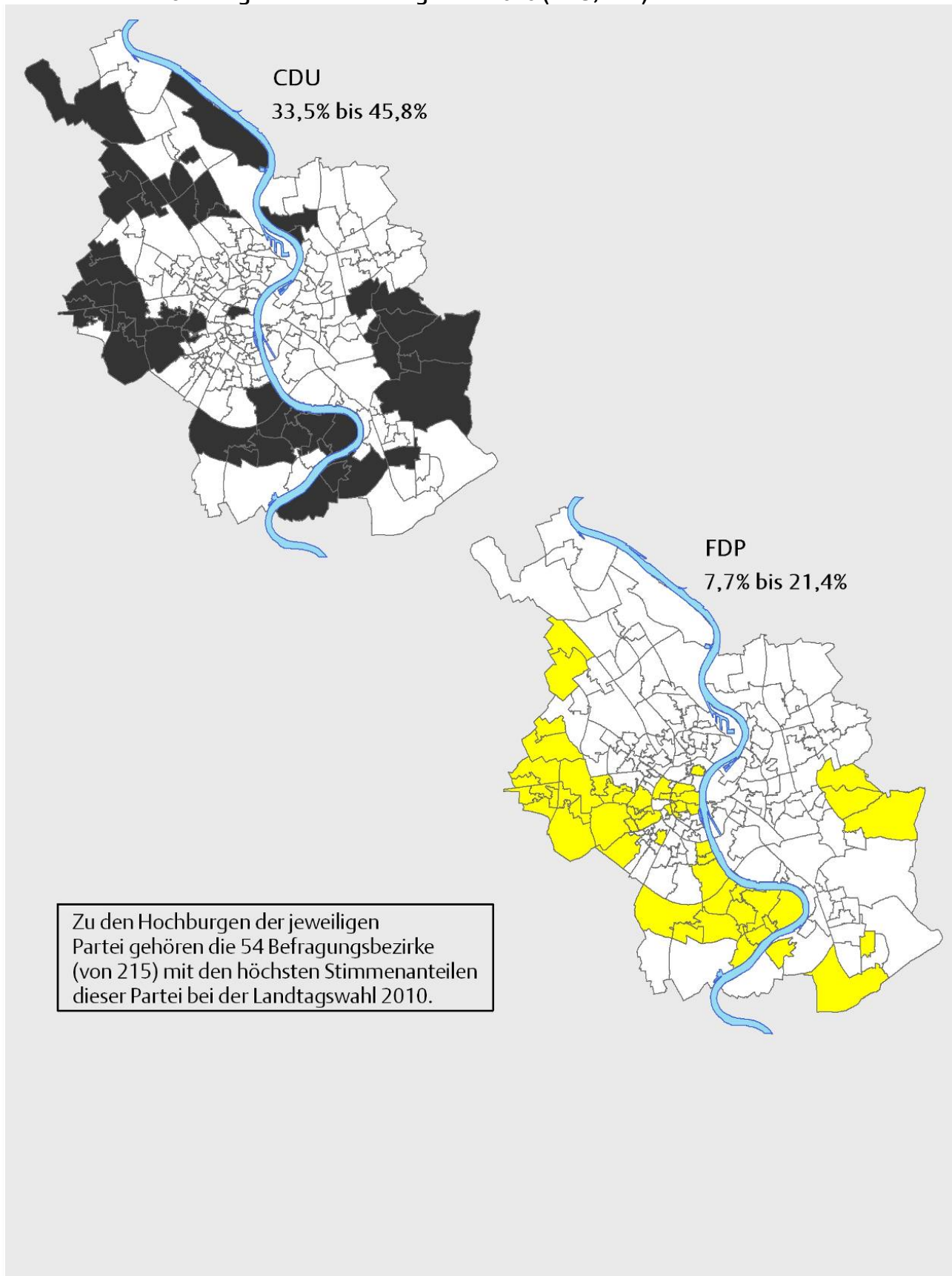
Grafik 6: Parteihochburgen und Soziale Milieus



Karte 2a: Partei-Hochburgen bei der Landtagswahl 2010 (SPD, GRÜNE, DIE LINKE)



Karte 2b: Partei-Hochburgen bei der Landtagswahl 2010 (CDU, FDP)



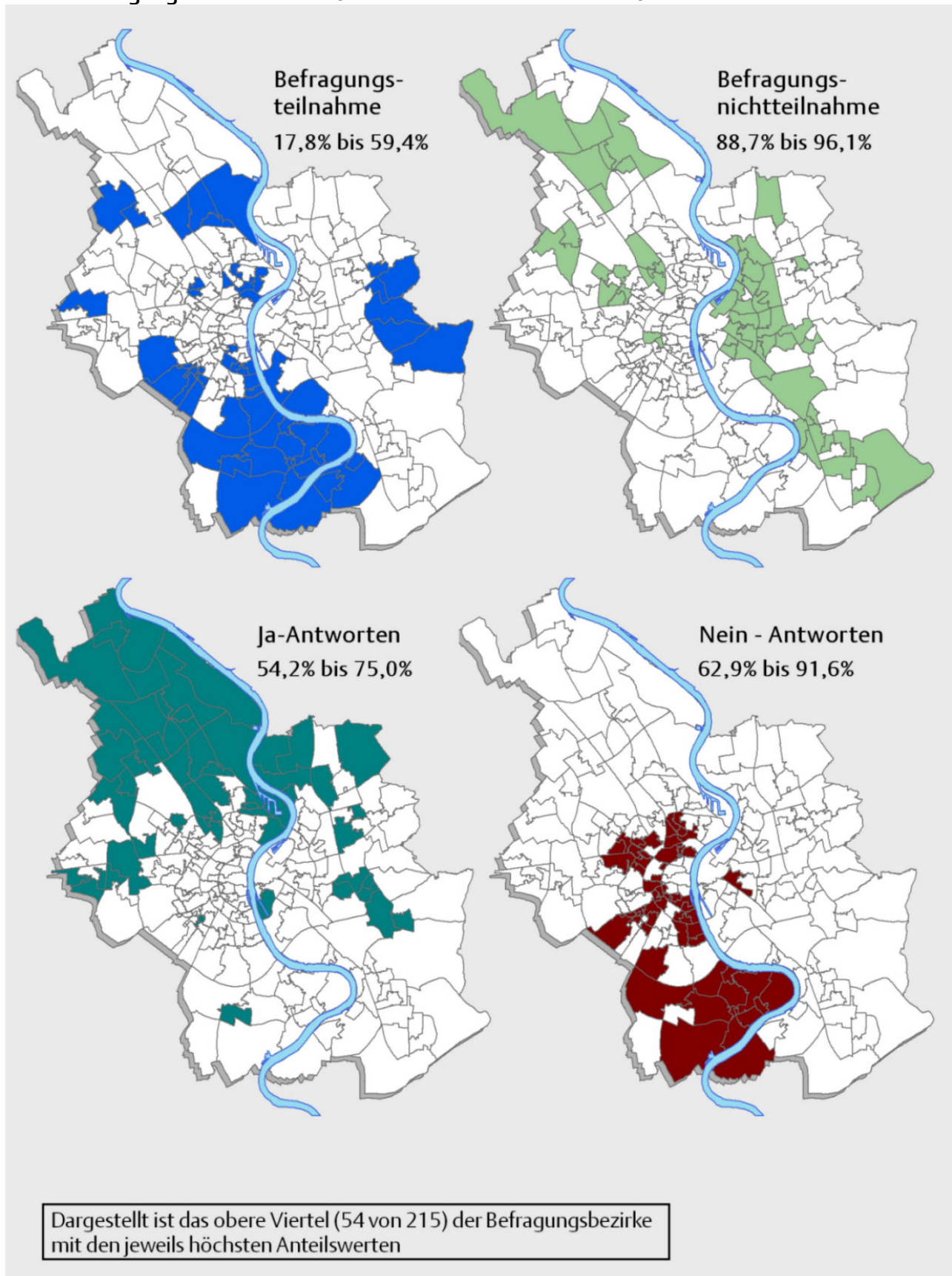
3.1. Teilnahme an der Befragung

Die räumliche Verteilung der Teilnahmequote und des Befragungsergebnisses zeigt zunächst einmal einen starken Zusammenhang zur Nähe zum Godorfer- und zum Niehler Hafen (vergleiche Karte 3).

Es überrascht nicht, dass die Teilnahme an der Einwohnerbefragung zum Ausbau des Godorfer Hafens im Kölner Süden, insbesondere entlang des Rheins (sowohl links- als auch teilweise rechtsrheinisch), deutlich überdurchschnittlich war. Es handelt sich dabei um die Stadtgebiete, die unmittelbar von einem Ausbau des Godorfer Hafens betroffen sind.

Überdurchschnittlich hoch ist auch das Interesse an der Befragung rund um den Niehler Hafen. Wäre die Entscheidung gegen einen Ausbau des Godorfer Hafens gefallen, hätte dies eine intensivere Nutzung des Niehler Hafens bedeuten können. Die überdurchschnittlich hohe Teilnahmequote ist somit durch die direkte Betroffenheit der Bewohnerinnen und Bewohner vom Befragungsergebnis zu erklären (siehe hierzu auch -zusammenfassend - Kapitel 1). Rund um den Niehler Hafen ist lediglich im Linksrheinischen eine überdurchschnittlich hohe Befragungsteilnahme zu verzeichnen, während die Nicht-Teilnahme im Rechtsrheinischen sogar zum Teil überdurchschnittlich hoch ist (vergleiche Karte 3).

Karte 3: Befragungsbezirke mit besonderem Teilnahme- und Antwortverhalten



Höher als im städtischen Durchschnitt ist die Teilnahmebereitschaft auch im Südwesten Kölns, insbesondere im Stadtbezirk Lindenthal (16,9 % zu 14,8 % in Köln) (vergleiche Karte 3). Das bürgerliche Milieu, insbesondere das konservativ bürgerliche Milieu ist hier überdurchschnittlich stark vertreten (vergleiche Karte 4). Die bürgerlichen Milieus haben mit 17,6 Prozent (liberales bürgerliches Milieu) beziehungsweise 16,8 Prozent (konservatives bürgerliches Milieu) die höchsten Teilnahmequoten der sieben verschiedenen Milieutypen. Da traditionell bei Wahlen (zuletzt: Landtagswahl 2010) die Wahlbeteiligung im südwestlichen Köln jeweils über dem städtischen Durchschnitt liegt, bestätigt sich auch bei der Befragung zum Godorfer Hafen der bürgerliche Milieueinfluss auf die Teilnahmebereitschaft: Entsprechend geprägte Bevölkerungsschichten bekunden ein grundsätzlich höheres politisches Interesse als die übrige Bevölkerung. Dies manifestiert sich in der Regel durch eine vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung.

Auffällig ist darüber hinaus auch die überdurchschnittliche Teilnahmequote im Osten der Stadtbezirke Mülheim und Kalk (zum Beispiel in Rath/Heumar, Brück oder Dellbrück). Hierbei handelt es sich um Hochburgen von CDU und FDP, in denen überwiegend die Mittelschicht oder das konservativ bürgerliche Milieu anzutreffen ist, und deshalb - wie im Südwesten Kölns erkennbar - ebenfalls eine hohe politische Partizipationsbereitschaft erkennbar wird.

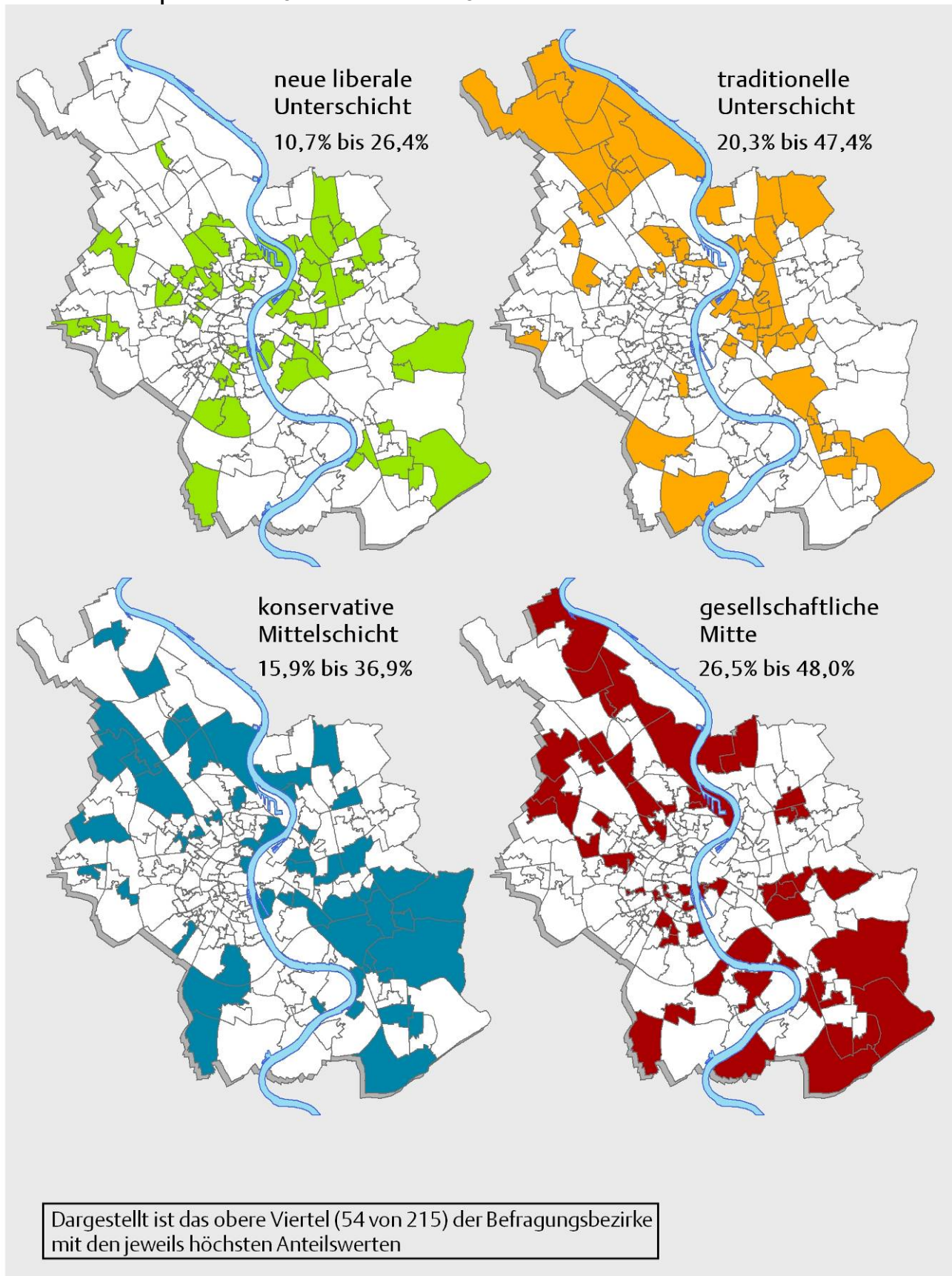
Unterdurchschnittlich ist die Teilnahme an der Einwohnerbefragung in Teilen der Stadtbezirke Kalk (9,9 %), Chorweiler (11,0%) und in Mülheim (11,4 %). Dies kann zum einen durch die weite Entfernung zum Godorfer Hafen und die damit verbundene geringe Betroffenheit der Einwohnerinnen und Einwohner begründet werden, zum anderen aber auch durch die allgemein geringe politische Partizipation, wie etwa bei der letzten Landtagswahl 2010, in diesen Teilräumen. Das traditionelle Unterschicht-Milieu, das mit 10,1 Prozent die geringste Teilnahmequote an der Befragung besitzt, ist in diesen Gebieten überdurchschnittlich stark vertreten.

Die Einwohnerbefragung zum Ausbau des Godorfer Hafens war in erster Linie eine standortbezogene Abstimmung zu einem städtischen Großprojekt – parteipolitische Belange und entsprechende Abstimmungsempfehlungen haben sich deshalb nur in Teilen beziehungsweise gar nicht durchsetzen können (siehe auch: Kapitel 1). So ist festzustellen, dass die Teilnahmequote insbesondere in den Hochburgen von SPD (9,9 %) und LINKE (10,3 %) gering war. Hochburgen der SPD sind zum einen durch einen höheren Anteil des Unterschicht-Milieus geprägt, zum anderen liegen die Hochburgen überwiegend im rechtsrheinischen Köln, das heißt in großer Entfernung zum Diskussionsgegenstand Godorfer Hafen.

Zu den Hochburgen von CDU und FDP zählen große Teil des Kölner Südens, die direkt von einem Hafenausbau betroffen wären, aber auch viele Stadtteile Lindenthals. In diesen Hochburgen ist die Wahlbeteiligung überdurchschnittlich hoch (FDP 19,6 %, CDU: 18,5%). Dies sind gleichzeitig auch die Gebiete, in denen das bürgerliche Milieu stark ist. Beide Aspekte (Standort und Milieuzugehörigkeit) trugen zu der überdurchschnittlichen Beteiligung bei.

Auch in den meist innenstadtnah gelegenen Hochburgen der GRÜNEN lag die Teilnahmequote mit 16,3 Prozent über dem städtischen Durchschnittswert von 14,8 Prozent. Diese Gebiete überschneiden sich in weiten Teilen mit Wohnstandorten des liberal-bürgerlichen Milieus, sodass die Teilnahmebereitschaft hier - gepaart mit dem eindeutigen Willen der GRÜNEN-Anhänger zu einer Interessenbekundung „Contra_Godorf“ - zwangsläufig erhöht war.

Karte 4a: Schwerpunkte der Sozialen Milieus in Köln



Karte 4b: Schwerpunkte der Sozialen Milieus in Köln

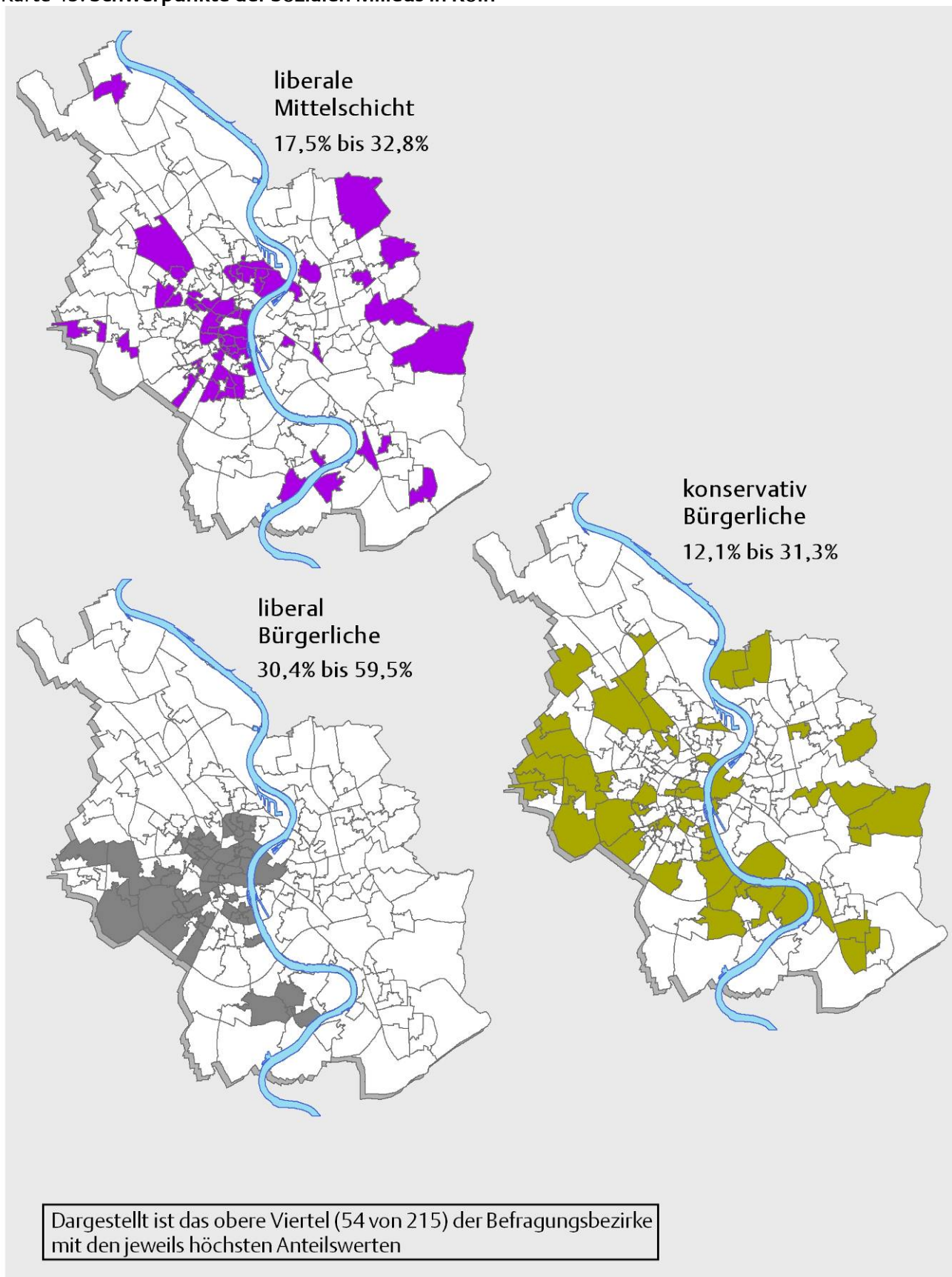


Tabelle 2a: Befragungsergebnisse und Teilnahmequote in den Partei-Hochburgen

	Hochburg					Köln
	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	
Befragungsbeteiligung						
Teilnehmer (absolut)	23.808	35.998	36.953	39.644	26.020	130.400
Teilnahmequote	9,9	18,5	16,3	19,6	10,3	14,8
gültige Antworten (absolut)	23.748	35.945	36.836	39.572	25.942	130.094
Briefteilnahme (absolut)	10.236	15.519	14.526	16.983	10.738	54.045
in % an allen Teilnehmern	43,0	43,1	39,3	42,8	41,3	41,4
Urnenteilnahme (absolut)	13.512	20.426	22.310	22.589	15.204	76.355
in % an allen Teilnehmern	56,8	56,7	60,4	57,0	58,4	58,6
Befragungsergebnis						
"Ja"-Antworten (absolut)	12.332	17.280	13.418	15.045	10.930	57.307
in % an allen gültigen Antworten	51,9	48,1	36,4	38,0	42,1	44,1
"Nein"-Antworten (absolut)	11.416	18.665	23.418	24.528	15.012	72.787
in % an allen gültigen Antworten	48,1	51,9	63,6	62,0	57,9	55,9

Tabelle 2b: Befragungsergebnisse und Teilnahmequote in den Milieus

	Befragungsbeteiligung			Ja-Antworten an allen gültigen Antworten		Nein-Antworten an allen gültigen Antworten	
	Teil- nehmer	Teil- nahme- quote	gültige Antworten	absolut	in %	absolut	in %
neue liberale US	27.732	12,2	27.648	13.182	47,7	14.467	52,3
traditionelle US	24.033	10,1	23.980	12.458	52,0	11.522	48,0
konservative MS	24.033	11,0	23.980	12.458	52,0	11.522	48,0
gesellschaftliche Mitte	29.484	13,5	29.412	15.012	51,0	14.399	49,0
liberale Mitte	33.490	15,1	33.401	13.269	39,7	20.132	60,3
konservatives bürgerliches Milieu	34.258	16,8	34.184	15.200	44,5	18.984	55,5
liberales bürgerliches Milieu	39.839	17,6	39.738	14.804	37,3	24.933	62,7
Köln	130.400	14,8	130.094	57.307	44,1	72.787	55,9

3.2. Ergebnis der Befragung

Wo leben die Kölner und Kölnerinnen, die für den Ausbau des Godorfer Hafens gestimmt haben? Am Niehler Hafen und in den nur indirekt oder kaum vom Ausbau betroffenen Gebieten im Kölner Norden. Bewohner und Bewohnerinnen rund um den Niehler Hafen, in den Stadtteilen Niehl und Nippes, aber auch im rechtsrheinischen Stammheim und Flittard sprechen sich für einen Ausbau des Hafens im Kölner Süden aus, um einer anderenfalls drohenden Nutzungsintensivierung des Niehler Hafens entgegenzuwirken. Die überdurchschnittliche Zustimmung zum Hafenausbau in Chorweiler und in einigen Teilen Kalks resultiert unter anderem daraus, dass es sich bei diesen Gebieten überwiegend um Hochburgen der SPD handelt, wo Anhänger dem „Pro-Votum“ der SPD zwar mehrheitlich folgten, allerdings

bei insgesamt sehr geringer Befragungsbeteiligung - und entsprechend geringem Einfluss auf das Gesamtergebnis.

Während sich die beiden großen Parteien SPD und CDU für einen Hafenausbau ausgesprochen hatten, sind die Einwohner/-innen in den CDU- und SPD-Hochburgen selbst geteilter Meinung (im Kapitel 1 wird erläutert, wieso es hier zu einem Meinungs- und Abstimmungs-„Patt“ kam). In den SPD-Hochburgen stimmen mit 52 Prozent geringfügig mehr Bewohnerinnen und Bewohner für den Hafenausbau, in den CDU-Hochburgen antworteten 48 Prozent mit „JA“.

In den GRÜNEN-, FDP- und LINKE-Hochburgen sind die Bewohner und Bewohnerinnen dem Aufruf ihrer Partei mehrheitlich gefolgt und haben vermehrt gegen den Hafenausbau gestimmt. Dies gilt insbesondere für die GRÜNEN-Hochburgen.

Tabelle 3: Korrelation zwischen Strukturmerkmalen und dem Befragungsgeschehen

Indikator	Einwohnerbefragung 2011		
	Teilnahmequote	Anteil "Ja"-Antworten	Anteil "Nein"-Antworten
Alter (Anteil 16 bis 25 Jähriger im Befragungsbezirk)	↗		
Alter (Anteil über 75 Jähriger im Befragungsbezirk)	↗	↗	↗
Anteil Leistungsempfänger nach SGB II	↘	↗	↗
Anteil Personen ohne Migrationshintergrund	↗	↗	↗
Anteil Hochschul- und Fachhochschulabschluss ²	↗	↗	↗
SPD-Hochburgen ¹			
CDU-Hochburgen ¹			
Grüne Hochburgen ¹	↗		
FDP-Hochburgen ¹			
Linke Hochburgen ¹			
neues liberales Unterschicht-Milieu ²	↗	↗	↗
traditionelles Unterschicht-Milieu ²	↗	↗	↗
konservatives Mittelschicht-Milieu ²		↗	↗
gesellschaftliche Mitte ²		↗	↗
liberales Mittelschicht Milieu ²		↗	↗
konservativ bürgerliches Milieu ²	↗	↗	
liberal bürgerliches Milieu ²	↗		↗
Entfernung zum Godorfer Hafen	↗	↘	↘
¹⁾ Landtagswahl 2010			
²⁾ Bürgerumfrage "Demographischer Wandel in Köln" (2009)			
= geringe positive Korrelation (r = 0,3 bis 0,5), = mittlere positive Korrelation (r = 0,5 bis 0,8), = geringe negative Korrelation (r = -0,3 bis -0,5), = mittlere negative Korrelation (r = -0,5 bis -0,8)			

Tabelle 3 zeigt, welche Strukturmerkmale Einfluss auf die Teilnahmequote und auf das Antwortverhalten hatten. So wird deutlich, dass die Teilnahme an der Befragung in Korrelation zum Alter, zum Bildungsstand und zur wirtschaftlichen Situation der Einwohner und Einwohnerinnen steht. In Gebieten mit einem höheren Anteil älterer Menschen (75 Jahre und älter) haben mehr Kölnerinnen und Kölner an der Befragung teilgenommen als in Teilräumen mit einem geringen Anteil ältere Menschen. Hingegen ist in Gebieten mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Kindern und Jugendlichen die Beteiligung an der Befragung geringer. Negativ auf die Teilnahmequote wirkte sich ein hoher Anteil an SGB II-Empfängerinnen und -Empfängern aus. Stadtteile mit einem hohen Anteil an Personen ohne Migrationshintergrund verzeichnen eine höhere Befragungsteilnahme als Räume mit einem hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund. Auch ein Zusammenhang zwischen Befragungsbeteiligung und Bildungsniveau kann ausgemacht werden. Ist der Anteil an Hochschul- und Fachhochschulabsolventen in einem Stadtteil hoch, war auch die Teilnahmequote überdurchschnittlich. Zwischen den Partei-Hochburgen und der Befragungsteilnahme zeigen sich hingegen kaum Zusammenhänge. Lediglich in den GRÜNEN-Hochburgen ist - wegen der dort auch eher unstrittigen Meinungslage - die Beteiligung an der Befragung höher als in anderen Hochburgen-Gebieten.

Die Betrachtung der sieben sozialen Milieus zeigt, dass Räume mit einem höheren Anteil des neuen, liberalen als auch des traditionellen Unterschicht-Milieus geringere Teilnahmequoten haben als Räume mit einem hohen Anteil des bürgerlichen Milieus.

Einfluss auf die Teilnahmequote hat – wie bereits mehrfach dargelegt – auch die Entfernung zum Godorfer Hafen: Mit steigender Entfernung sinkt die Teilnahmequote. Zudem stimmen in der Nähe des Godorfer Hafens deutlich mehr Befragte gegen den Ausbau. „NEIN“-Antworten wurden außerdem vermehrt in Gebieten Kölns abgegeben, die eine geringere SGB II-Quote, einen höheren Anteil an Hochschul- und Fachhochschulabsolventen haben und in denen der Anteil älterer Menschen unterdurchschnittlich ist. Für den Ausbau waren eher Kölner und Kölnerinnen, die in Unterschicht beziehungsweise Mittelschicht dominierten Gebieten leben. Gegen den Ausbau sprachen sich eher Bewohnerinnen und Bewohner aus die in Gebieten mit einem hohen Anteil an liberaler Mittelschicht und im liberalen bürgerlichen Milieu leben.

Bei einer ersten Bewertung des Befragungsergebnisses bleibt festzuhalten:

1.

Die Einwohnerbefragung zum weiteren Ausbau des Godorfer Hafens, spitzte sich letztendlich zu auf eine antipodische Standortentscheidung zwischen Ablehnern von „Godorf“ einerseits und Teilnahmeberechtigten im weiteren Umfeld des Niehler Hafens, die den Ausbau von Godorf befürworteten.¹²

2.

Dieser Tatbestand drückt sich darin aus, dass im Kölner Süden¹³ („um Godorf“) wie auch im Kölner Norden („um Niehl“) eine deutlich überdurchschnittliche Teilnahme an der Befragung zu verzeichnen war¹⁴ und das Antwortverhalten der jeweiligen Standortinteressenlage der dort lebenden Bevölkerung entsprach. Während im Kölner Süden deutlich vermehrt mit „NEIN“ abgestimmt wurde, wählte/antwortete der Kölner Norden taktisch und votierte vielfach mit „JA“, - also „pro“ Weiterbau Godorf. Damit sollte aus Sicht letzterer Befragungsteilnehmer offensichtlich soweit als möglich Einfluss darauf genommen werden, dass es bei der bereits bestehenden Grundauffassung der Ratsmehrheit bleibt, in Godorf zu bauen und nicht Alternativlösungen in Niehl neu thematisiert werden.

¹² So auch der Kölner Stadtanzeiger: „Der Nord-Süd-Konflikt“ (07. Juli 2011).

¹³ Sowohl links- als auch rechtsrheinisch.

¹⁴ Eine im Vorfeld des 10. Julis (Befragungstag) vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik vorgenommene Analyse des Briefantragaukkommens hatte frühzeitig erkennen lassen, dass es „um“ Niehl und „um“ Godorf zu einer hohen Befragungsteilnahme insgesamt kommen wird. Damit war aber ebenso absehbar, dass es im Kölner Norden zu einer taktisch begründeten Befragungsteilnahme kommen wird, - verbunden mit einem entsprechendem Votum „pro Godorf“.

3.

Andere, in erster Linie gesamtstädtisch zu bewertende Gesichtspunkte des Godorfer Hafenausbaus, wie zum Beispiel ökonomische und finanzwirtschaftliche Erwägungen für den Kölner Haushalt - die insbesondere von Befürwortern des Godorfer Hafenausbaus vorgetragen wurden -, oder Kostenaspekte des Ausbaus - die vermehrt von Ausbauegegnern vorgetragen wurden -, hatten offensichtlich deutlich weniger Einfluss auf das gesamte Befragungsgeschehen und das Antwortverhalten der Kölnerinnen und Kölner. Die Komplexität der hier aufgeführten sonstigen Aspekte dürfte zu einer „Überforderung“ der Teilnahmeberechtigten geführt und eine Nichtteilnahme nahegelegt haben.

4.

Derartige gesamtstädtische Aspekte konnten deshalb - isoliert von der Standortfrage - auch keine zusätzliche und damit höhere Beteiligung herbeiführen, sodass diese „nur“ etwa 14 Prozent betrug und (damit) beide Antwortalternativen auch unterhalb des Quorums verharrten.

5.

Insgesamt wurde dabei die „NEIN“-Position häufiger als die „JA“-Position aus folgenden Gründen vertreten:

Die „direkte“ Standortbetroffenheit im Kölner Süden setzte sich gegen die „indirekte“ Betroffenheit des „Nordens“, was Teilnahme und Antwortverhalten betrifft durch. Hinzu trat eine starke „NEIN“-Unterstützung von GRÜNEN-Anhängern, die aus umweltbezogenen Gründen auch dort vermehrt mit „NEIN“ votierten, wo sie nicht direkt standortbetroffen waren.

Die beiden Befürworter-Fraktionen des Hafenausbaus (CDU und SPD) konnten eine vergleichbare Bindung nicht erreichen. Für die Anhängergruppen der CDU in den südlichen Stadtbereichen ging die persönliche Betroffenheit und die Befürchtung nachteiliger Folgen dem Parteivotum offensichtlich vor. SPD Anhängergruppen wohnen vielfach in standortferneren Stadtgebieten im rechtsrheinischen Köln. Dort ist die Wahlbeteiligung bei politischen Wahlen aus strukturellen Gründen bereits relativ schwach. Sie war auch bei der Befragung sehr gering. Eine geringe Standort- beziehungsweise Lagebetroffenheit wurde durch die langjährig rückläufige Wahlbeteiligung in den SPD-Hochburgen noch verstärkt.

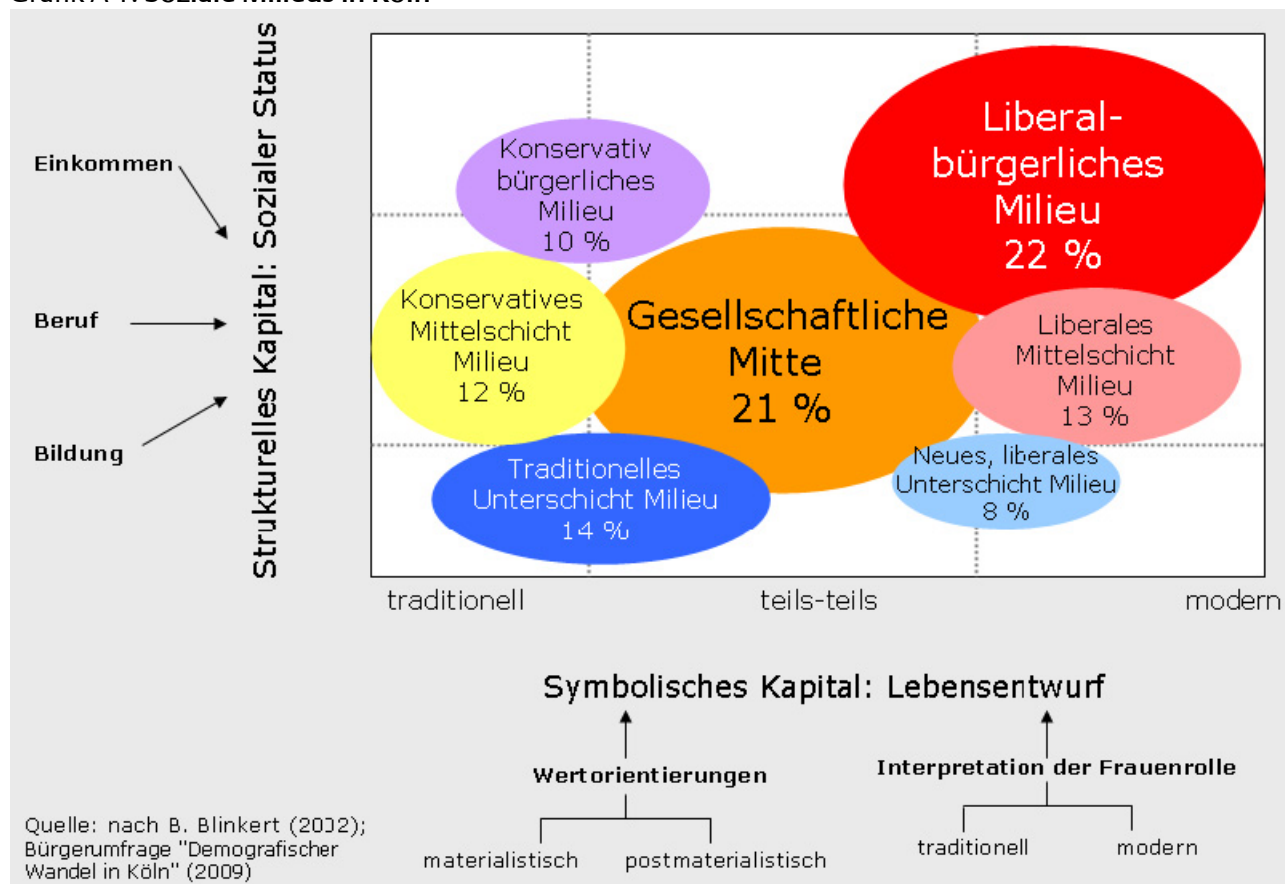
6.

Überlegenswert wäre, derartige Einwohnerbefragungen künftig zusammen mit Wahlen zu verbinden, um die immer noch deutlich höhere Beteiligung an politischen Wahlen zu nutzen, wenn der Mehrheitswille der Bevölkerung zu strittigen Sachfragen ermittelt werden soll.

Anhang

Beschreibung der Sozialen Milieus in Köln¹⁵

Grafik A 1: Soziale Milieus in Köln



„Traditionelles Unterschicht-Milieu“

Kennzeichnend für das traditionelle Unterschicht Milieu sind geringe Einkommen, geringe Bildungs- und Ausbildungsniveaus sowie traditionelle Lebensentwürfe. Dieses Milieu erachtet die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung oder den Kampf gegen steigende Preise mehrheitlich für wichtiger als den Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Konservative Werteinstellung drücken sich zum Beispiel darin aus, dass in diesem Milieu überwiegend eine klassische Aufgabenteilung zwischen Männern (Beruf) und Frauen (Kinder und Haushalt) befürwortet wird. Der Anteil älterer Menschen ist in diesem Milieu höher als in allen anderen Milieus. Insgesamt 14 Prozent der Kölner Bevölkerung können dem traditionellen Unterschicht-Milieu zugeordnet werden.

„Neues liberales Unterschicht-Milieu“

Die neue liberale Unterschicht ist geprägt durch geringe Einkommen und geringe Bildungs- und Ausbildungsniveaus, aber – im Gegensatz zum traditionellen Unterschicht-Milieu - herrscht ein moderner Lebensentwurf vor. Viele jüngere, die sich derzeit noch in der Ausbildung befinden, gehören diesem Milieu an. Das neue liberale Unterschicht-Milieu hält den Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung oder einen höheren Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf die Entscheidungen der Regierung

¹⁵ Die Bildung der Milieus beruht auf einem von Baldo Blinkert entwickelten Verfahren, dass mit Hilfe der Bürgerumfrage „Demografischer Wandel in Köln“ auch auf die Stadt Köln übertragen werden konnte. Vgl. B. Blinkert (2002): Demographische und soziale Veränderungen und die Versorgung von Pflegebedürftigen. (<http://www.sozioologie.uni-freiburg.de/Personen/blinkert/Publikationen/vortragandespflegeetag.html>); Stadt Freiburg/Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung (2003): Bericht zur Bürgerumfrage 2003. (http://fritz.freiburg.de/fritz/Themen/B%C3%BCrgerumfrage/Soziale_Milieus-2003.pdf)

für besonders wichtig. Die liberale Lebenseinstellung spiegelt sich beispielsweise darin wider, dass die überwiegende Mehrheit der liberalen Unterschicht die Aussage „Frauen sollen eher die Karriere des Mannes unterstützen, als selbst Karriere zu machen“ ablehnt. Dieses Milieu macht 8 Prozent an der Gesamtbevölkerung aus.

„Konservatives Mittelschicht Milieu“

Die konservative Mitte ist gekennzeichnet durch ein mittleres Einkommensniveau (Äquivalenzeinkommen: 1.400 Euro) und einen mittleren Bildungsgrad. Weitere Merkmale dieses Milieus sind der hohe Anteil Angestellter, mittlere Altersgruppen und Verheirateter. Die konservative und traditionelle Werteorientierung ist in diesem Milieu besonders stark ausgeprägt. Ebenso wie die Einhaltung von Ruhe und Ordnung, wird die klassische Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen vermehrt befürwortet.

„Gesellschaftliche Mitte“

Prägend für die Mitte der Gesellschaft sind ein mittleres Einkommensniveau und ein mittleres Bildungsniveau. Viele besitzen die mittlere Reife oder Abitur und sind als Angestellte tätig. Die Werteorientierung in diesem Milieu ist weder besonders liberal noch besonders traditionell.

„Liberales Mittelschicht Milieu“

Auch die liberale Mittelschicht zeichnet sich durch ein durchschnittliches Einkommensniveau aus. Viele liberale Mittelschichtler haben das Abitur und sind Angestellte. Der Anteil an Selbständigen und Freiberuflern ist höher als in der gesellschaftlichen Mitte. Ältere Menschen gehören eher selten diesem Milieu an. Prägend für dieses Milieu ist die liberale Werteorientierung: Dass Frauen eher die Karriere des Mannes unterstützen sollen als selbst Karriere zu machen sowie eine klassische Aufgabenteilung zwischen Männern und Frauen wird von nahezu allen, die diesem Milieu angehören, abgelehnt.

„Konservativ-bürgerliches Milieu“

Hohe Einkommensverhältnisse und Bildungsabschlüsse zeichnen das bürgerliche Milieu aus. Beamte und Selbständige sind überdurchschnittlich stark vertreten. Die Mehrheit der konservativ Bürgerlichen ist verheiratet und lebt häufig im Wohneigentum. Ruhe und Ordnung sind in diesem Milieu von höherer Bedeutung als ein stärkerer Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf die Entscheidungen der Regierung. Der traditionelle Lebensentwurf zeigt sich zum Beispiel in der Interpretation der Frauenrolle. Mehrheitlich geben die konservativ Bürgerlichen an, dass Kleinkinder unter einer Berufstätigkeit der Mutter leiden.

„Liberal-bürgerliches Milieu“

Auch die liberalen Bürgerlichen verfügen über hohe Einkommen und insbesondere über hohe Bildungsabschlüsse. Der Anteil der Hochschulabsolventen, der Beamten und der freiberuflich Tätigen ist überdurchschnittlich hoch. Eine klassische Aufgabenteilung zwischen Männern und Frauen und eine konservative Frauenrolle lehnen die liberal Bürgerlichen aber ab. Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist diesem Milieu besonders wichtig.

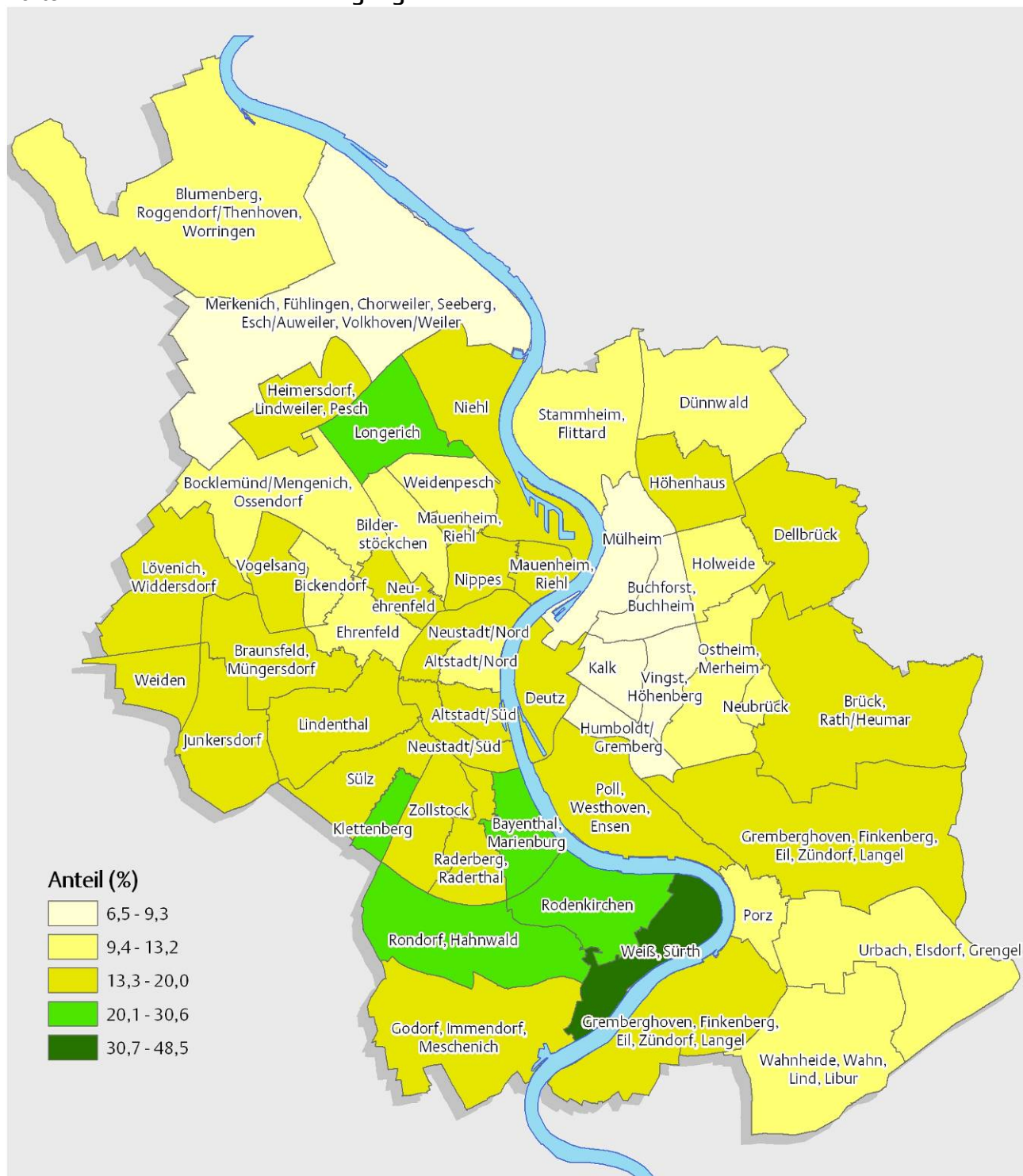
Tabelle A 1: Befragungsergebnis in den Stadtbezirken , den Stadtteilen und Stadtteilgruppen

Stadtteil/ -gruppe Stadtbezirk Stadt Köln	Teilnahme- berechtigte	Befragungs- teilnahme in %	gültige Antworten	Befragungsergebnis			
				"JA" - Antwort		"NEIN" - Antwort	
				absolut	%	absolut	%
Altstadt/Nord	16.572	13,0	2.153	973	45,2	1.180	54,8
Altstadt/Süd	25.049	15,0	3.732	1.374	36,8	2.358	63,2
Deutz	13.667	16,3	2.231	973	43,6	1.258	56,4
Neustadt/Nord	25.677	15,6	3.977	1.429	35,9	2.548	64,1
Neustadt/Süd	34.150	16,9	5.762	2.002	34,7	3.760	65,3
1 / Innenstadt	115.115	15,6	17.855	6.751	37,8	11.104	62,2
Bayenthal, Marienburg	12.158	20,5	2.483	921	37,1	1.562	62,9
Godorf, Immendorf, Meschenich	9.861	19,5	1.921	596	31,0	1.325	69,0
Raderberg, Raderthal	8.867	17,5	1.551	582	37,5	969	62,5
Rodenkirchen	13.835	30,6	4.222	1.105	26,2	3.117	73,8
Rondorf, Hahnwald	9.644	27,6	2.660	1.067	40,1	1.593	59,9
Weiß, Sürth	13.372	48,5	6.486	749	11,5	5.737	88,5
Zollstock	18.645	15,6	2.907	1.104	38,0	1.803	62,0
2 / Rodenkirchen	86.382	25,8	22.230	6.124	27,5	16.106	72,5
Braunsfeld, Müngersdorf	16.284	15,2	2.470	1.262	51,1	1.208	48,9
Junkersdorf	10.597	15,1	1.596	836	52,4	760	47,6
Klettenberg	8.988	23,3	2.088	753	36,1	1.335	63,9
Lindenthal	25.993	16,2	4.210	1.899	45,1	2.311	54,9
Lövenich, Widdersdorf	13.655	16,8	2.290	1.177	51,4	1.113	48,6
Sülz	31.096	18,1	5.616	2.208	39,3	3.408	60,7
Weiden	14.174	14,8	2.095	1.130	53,9	965	46,1
3 / Lindenthal	120.787	16,9	20.365	9.265	45,5	11.100	54,5
Bickendorf	13.601	10,0	1.357	575	42,4	782	57,6
Bocklemünd/Mengenich, Ossendorf	16.431	11,0	1.798	995	55,3	803	44,7
Ehrenfeld	31.815	12,2	3.874	1.240	32,0	2.634	68,0
Neuehrenfeld	20.142	16,5	3.315	1.283	38,7	2.032	61,3
Vogelsang	6.935	14,9	1.031	570	55,3	461	44,7
4 / Ehrenfeld	88.924	12,8	11.375	4.663	41,0	6.712	59,0
Bilderstöckchen	12.405	9,7	1.201	708	59,0	493	41,0
Longerich	11.704	22,7	2.653	1.967	74,1	686	25,9
Mauenheim, Riehl	14.722	17,4	2.559	1.375	53,7	1.184	46,3
Niehl	16.193	15,2	2.461	1.689	68,6	772	31,4
Nippes	29.843	17,5	5.189	1.804	34,8	3.385	65,2
Weidenpesch	11.815	13,2	1.547	835	54,0	712	46,0
5 / Nippes	96.682	16,2	15.610	8.378	53,7	7.232	46,3

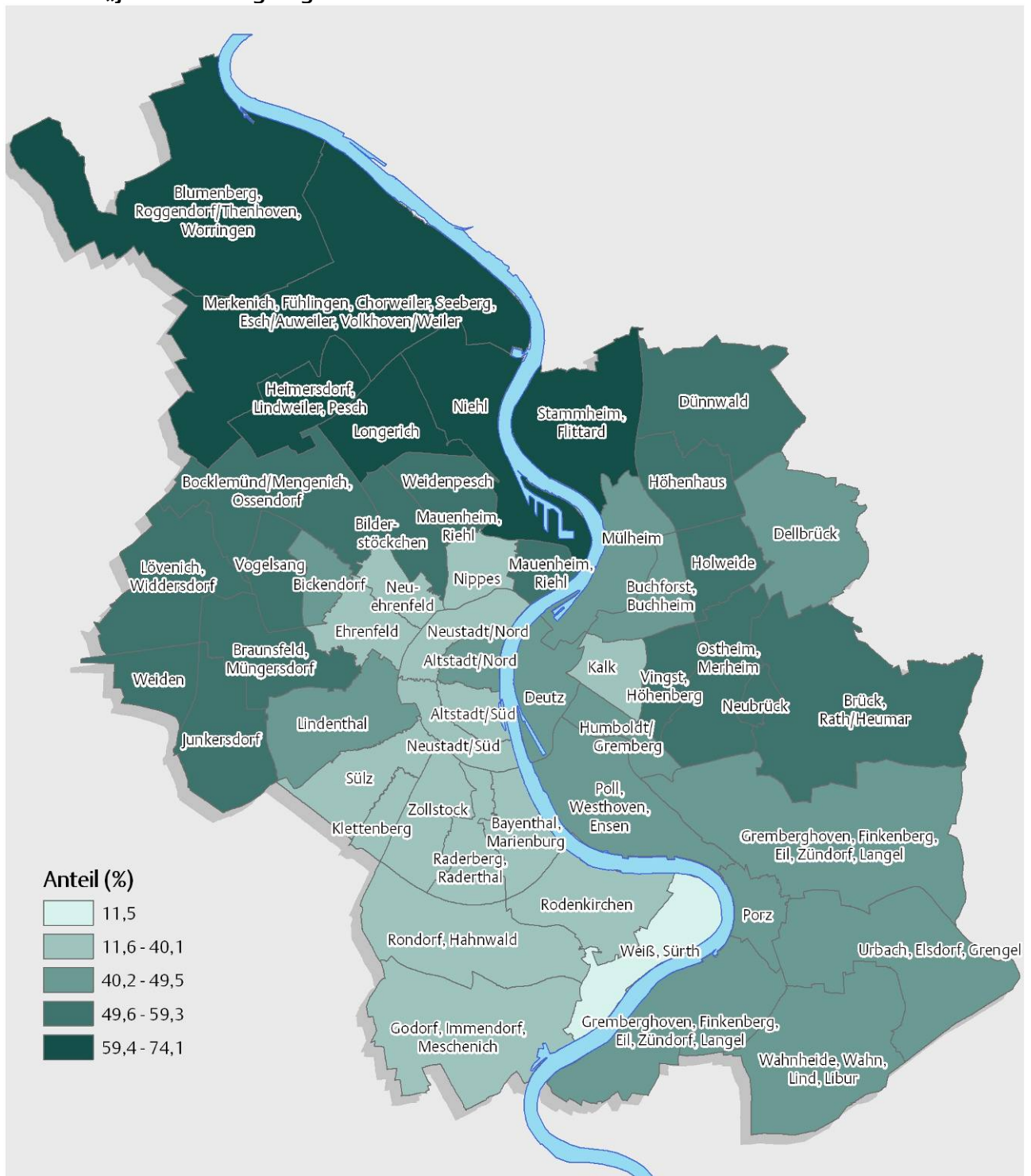
noch Tabelle A 1: Befragungsergebnis in den Stadtbezirken , den Stadtteilen und Stadtteilgruppen

Stadtteil/-gruppe Stadtbezirk Stadt Köln	Teilnahme- berechtigte	Befragungs- teilnahme in %	gültige Antworten	Befragungsergebnis			
				"JA" - Antwort		"NEIN" - Antwort	
				absolut	%	absolut	%
Blumenberg, Roggendorf/Thenhoven, Worringen	15.679	10,1	1.581	999	63,2	582	36,8
Heimersdorf, Lindweiler, Pesch	14.680	16,1	2.360	1.553	65,8	807	34,2
Merkenich, Fühlingen, Chorweiler, Seeberg, Esch/Auweiler, Volkhoven/Weiler	36.143	9,3	3.364	2.140	63,6	1.224	36,4
6 / Chorweiler	66.502	11,0	7.305	4.692	64,2	2.613	35,8
Gremberghoven, Finkenber, Eil, Zündorf, Langel	27.991	15,4	4.301	1.862	43,3	2.439	56,7
Poll, Westhoven, Ensen	19.629	17,1	3.355	1.589	47,4	1.766	52,6
Porz	11.844	9,9	1.167	551	47,2	616	52,8
Urbach, Elsdorf, Grengel	16.163	10,2	1.641	774	47,2	867	52,8
Wahnheide, Wahn, Lind, Libur	15.461	11,6	1.788	867	48,5	921	51,5
7 / Porz	91.088	13,5	12.252	5.643	46,1	6.609	53,9
Brück, Rath/Heumar	17.890	17,7	3.159	1.635	51,8	1.524	48,2
Humboldt/Gremberg	12.920	6,5	836	400	47,8	436	52,2
Kalk	18.373	6,8	1.244	489	39,3	755	60,7
Neubrück	7.117	11,6	824	489	59,3	335	40,7
Ostheim, Merheim	17.203	10,3	1.766	931	52,7	835	47,3
Vingst, Höhenberg	20.170	6,8	1.377	718	52,1	659	47,9
8 / Kalk	93.673	9,9	9.206	4.662	50,6	4.544	49,4
Buchforst, Buchheim	16.434	8,2	1.348	667	49,5	681	50,5
Dellbrück	18.064	16,9	3.038	1.446	47,6	1.592	52,4
Dünnwald	9.412	11,7	1.095	617	56,3	478	43,7
Höhenhaus	12.418	14,7	1.826	959	52,5	867	47,5
Holweide	17.388	12,0	2.077	1.092	52,6	985	47,4
Mülheim	35.140	8,5	2.973	1.386	46,6	1.587	53,4
Stammheim, Flittard	12.928	11,9	1.539	962	62,5	577	37,5
9 / Mülheim	121.784	11,4	13.896	7.129	51,3	6.767	48,7
Köln	880.937	14,8	130.094	57.307	44,1	72.787	55,9

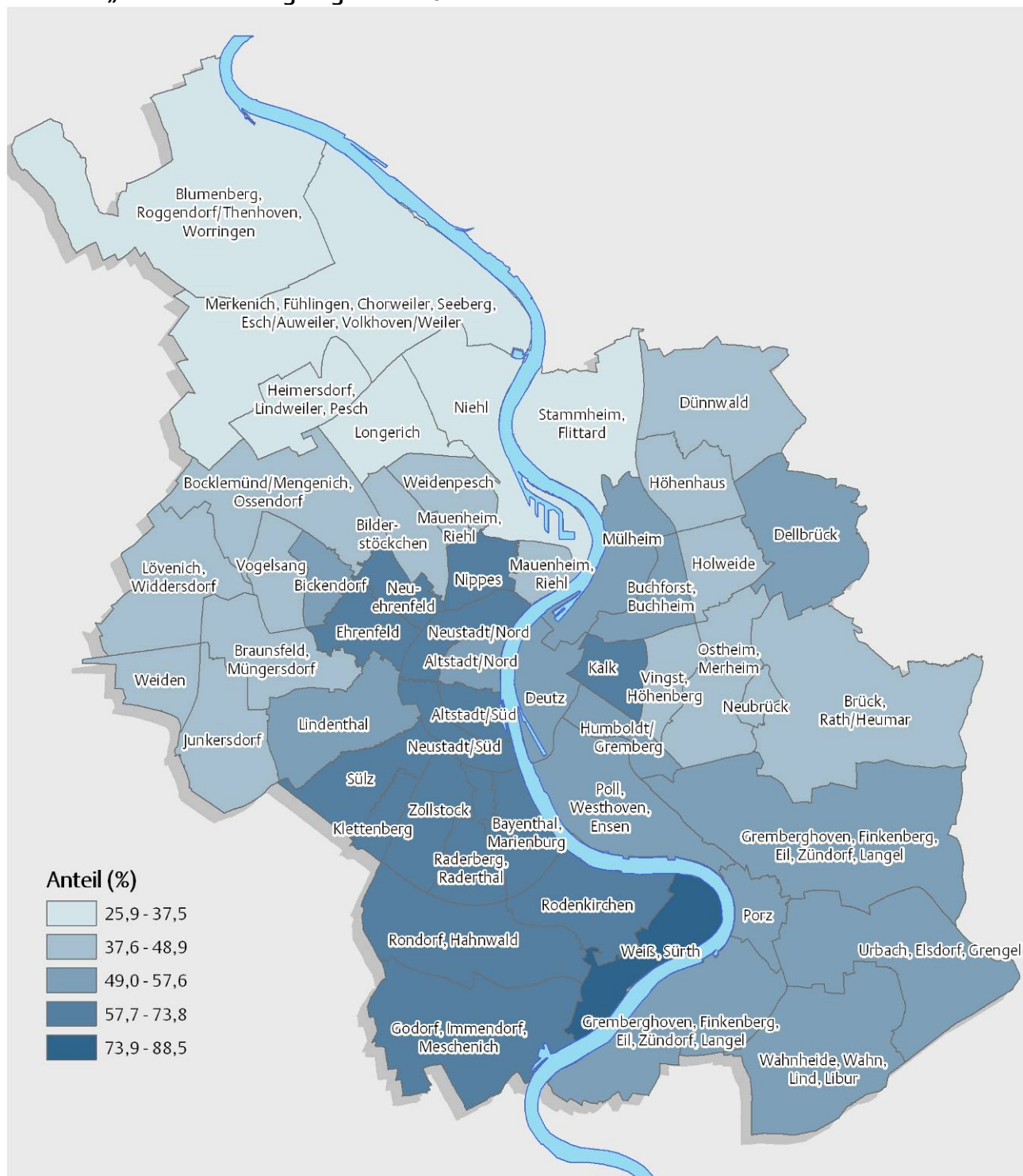
Karte A 1: Teilnahme an der Befragung



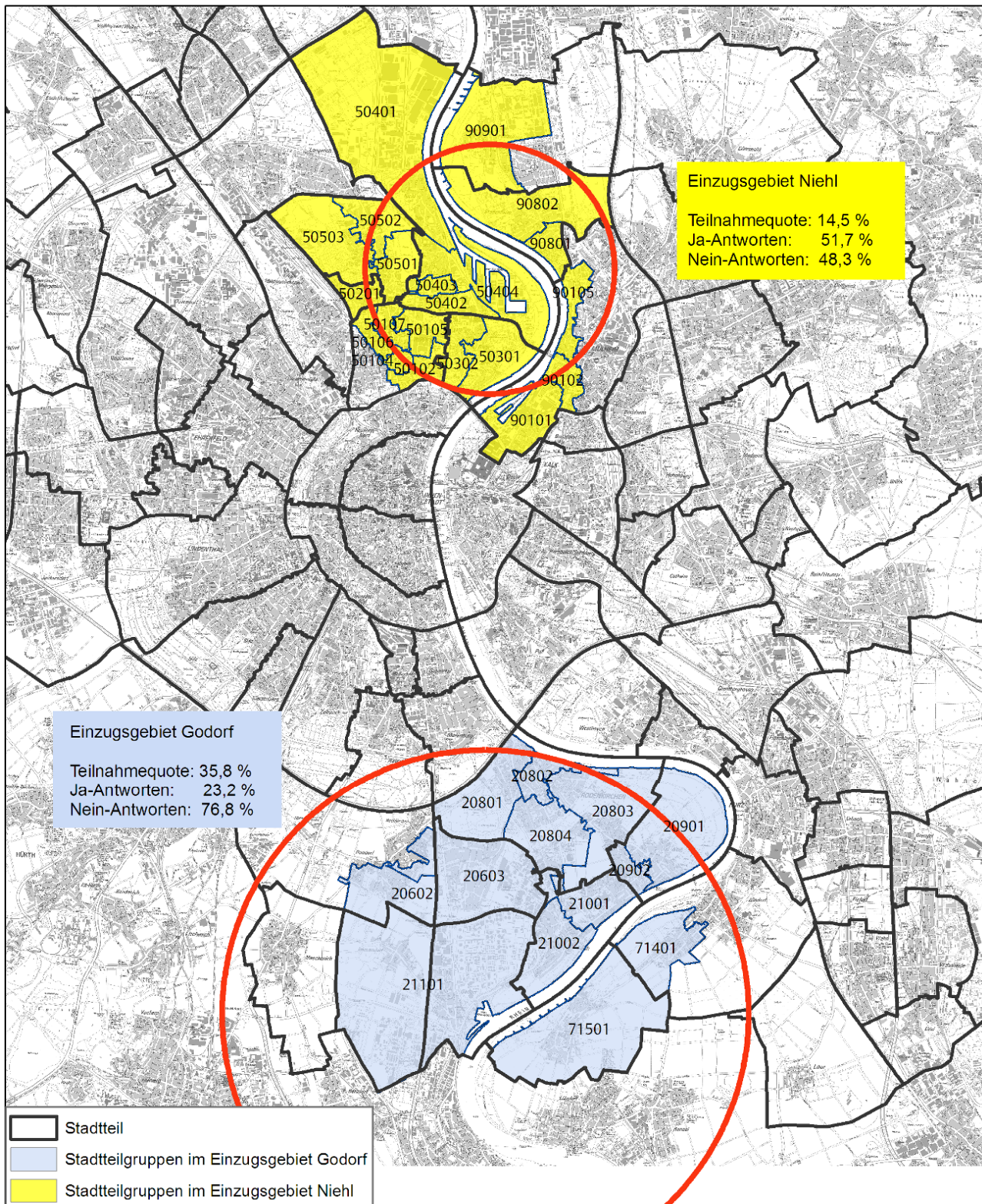
Karte A 2: „JA“-Anteil an gültigen Antworten



Karte A 3: „NEIN“-Anteil an gültigen Antworten



Karte A 4:
Einwohnerbefragung zum Ausbau des Godorfer Hafens am 10. Juli 2011
Einzugsgebiete der Hafenstandorte Niehl und Godorf



Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Willy-Brandt-Platz 2
50679 Köln

Tel.: (02 21) / 221-21882
Fax: (02 21) / 221-21900 oder 28493
E-Mail: stadtentwicklung.statistik@stadt-koeln.de
Internet: www.stadt-koeln.de/1/zahlen-statistik



Der Oberbürgermeister

Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit

ISSN 0933-632X

© Nachdruck (auch auszugsweise) nur mit Quellenangabe

15/13/350/07.2011